

DISKURS

STREITSCHRIFTEN ZU GESCHICHTE
UND POLITIK DES SOZIALISMUS

HEFT 13

KLAUS KINNER

*DIE VERKANNTEN NIEDERLAGE
KPD UND KOMINTERN
IM JAHRE 1933*

IM AUFTRAG DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
SACHSEN E.V. HERAUSGEGEBEN VON
KLAUS KINNER, WOLFGANG SCHELER UND ERNST WURL

INHALT

- »Die Generallinie ist richtig!« ... 3
»An der Schwelle des zweiten Turnus
»von Revolutionen und Kriegen«
»Imperialismus- und Faschismusanalysen
von KPD und Komintern ... 13
»Wir kämpfen für Sowjetdeutschland!«
»Das XIII. Plenum der Exekutive der Kom-
intern über Weltwirtschaftskrise
und Faschismus ... 30

© Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V. 2003
Harkortstraße 10 · D-04107 Leipzig
Satz: Daniel Neuhaus

Umschlag unter Verwendung einer Illustration der »AIZ«, Nr. 41, 1934.
Herstellung: GNN Verlag Sachsen GmbH · Badeweg 1 · D-04435 Schkeuditz
ISBN 3-89819-145-1

KLAUS KINNER
DIE VERKANNTEN NIEDERLAGE
KPD UND KOMINTERN
IM JAHRE 1933

»Die Generallinie ist richtig!«

Die Arbeiterbewegung hatte mit dem Machtantritt der NSDAP am 30. Januar 1933 die schwerste Niederlage seit ihrer Entstehung hinnehmen müssen. In einem widerspruchsvollen und schmerzhaften Lernprozeß mußte sie sich die Einsicht in diese Niederlage erarbeiten. Aus dem historischen Abstand von sieben Jahren und mit dem Wissen um das Ende der traditionellen Arbeiterbewegung und um das Scheitern des etatistischen Sozialismusversuchs in Europa ist die Analyse dieses Lernprozesses der Arbeiter- und insbesondere der kommunistischen Bewegung nicht nur von historischem Interesse.¹

Die Arbeiterbewegung in ihren unterschiedlichen Richtungen hatte die Bedeutung der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler nicht sofort in ihrer ganzen Tragweite erkannt. Wohl hatten Sozialdemokraten wie Kommunisten seit Jahren gegen die faschistische Gefahr angekämpft, hatten auch vor den Gefahren einer nationalsozialistischen Machtübernahme gewarnt, die Dynamik und Brutalität der Nazis an der Macht überraschte sie dennoch. Angesichts der Neuartigkeit des sich etablierenden Herrschaftstyps, der auch durch die Erfahrungen der bereits existierenden faschistischen Regimes nicht vorhersehbar war, kann das nicht überraschen. Gravierender war jedoch, daß beide Flügel der deutschen Arbeiterbewegung an ihren überholten Konzepten festhielten.

1 Diese Studie stützt sich neben eigenen Forschungen auf unveröffentlichte Ausarbeitungen der vom Verf. geleiteten Forschungsgruppe, die sich bis zu ihrer »Abwicklung« 1991 mit theoriegeschichtlichen Fragen der kommunistischen Bewegung befaßte. Besonders zu erwähnen sind dabei Texte von Thomas Schmidt. Von der umfangreichen Spezialliteratur seien hier nur zwei Titel genannt: Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939. Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts. Hrsg. von Gerhard A. Ritter. Bd. 12. Bonn 1999; sowie Allan Merson: Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Bonn 1999.

Die Sozialdemokratie an ihrem Glauben an die Legalität um jeden Preis und die Kommunisten an ihrem weltrevolutionären Konzept. Angesicht der verhärteten Fronten zwischen den Arbeiterparteien waren Einheitsfrontangebote und Generalstreikaufrufe der KPD-Führung nur ein lautes Pfeifen im dunklen Walde. Die positive Antwort wurde nicht wirklich erwartet, zumal solche Aufrufe einher gingen mit einer Doppelstrategie: die »Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Mitgliedern« zu verstärken und gleichzeitig »über den schändlichen Verrat (der sozialdemokratischen Führung) Klarheit zu schaffen«². Die beiden großen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung hatten sich in einen Zustand der Selbstblockade und Lähmung manövriert, in dem der Hitlerfaschismus ohne nennenswerten Widerstand an die Macht gelangen konnte. Die Möglichkeiten der KPD zur »Mobilisierung der Massen« waren zudem objektiv begrenzt. Verfügte sie doch kaum noch über Einfluß in den Betrieben. Nur etwa 11 Prozent ihrer Mitglieder waren beschäftigte Industriearbeiter. Die Aufforderung der KPD vom 30. Januar zum Generalstreik und zur Stilllegung der Betriebe mußte sich so zwangsläufig in erster Linie an die nichtkommunistischen Arbeiter richten. Es kam wohl zu gemeinsamen Demonstrationen sozialdemokratischer und kommunistischer Hitlergegner. Sie blieben insgesamt aber eher marginal. Die KPD hatte noch in den letzten Wochen vor dem 30. Januar 1933 auf ihrem falschen Kurs beharrt und so nicht das ihr Mögliche getan, Hitler den Weg an die Macht zu versperren. Anstatt alle Kräfte auf die Abwehr der faschistischen Gefahr zu konzentrieren, betrieb die KPD-Führung in den letzten Wochen der Weimarer Republik eine Kampagne zur Auswertung des XII. Plenums der Exekutive der Komintern. Sie propagierte dessen katastrophalen Kurs des strategischen Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie, der Einheitsfront nur von unten. Sie währte sich in einer Phase des revolutionären Aufschwungs gegen die faschistische Diktatur, von der sie meinte, sie sei schon seit dem Anfang der dreißiger Jahre errichtet.

Am 21. Januar beriet das Polbüro über die Taktik der Partei gegen die Nazi-Demonstration am folgenden Tag vor dem Karl-Liebknecht-Haus, dem Gebäude der KPD-Führung. Es bestätigte die Anweisungen des Sekretariats an die Berliner Bezirksleitung, zum

² Rundschreiben des Sekretariats des ZK der KPD an die Bezirke vom 2. Februar 1933. In: Arne Andersen: *Die KPD und die nationalsozialistische Machtübernahme*. In: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. 1986. H. 3. S. 361.

Massenaufmarsch zu mobilisieren. Die »Einheitsfronttaktik gegenüber sozialdemokratischen Arbeitern, Reichsbannerarbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern soll verstärkt werden.« Dieser Aufforderung zur Einheitsfront folgte auf dem Fuße die Anweisung: »Stärker herausarbeiten die Rolle der KPD als einzige(r) antifaschistische(n) Partei.«³

Ernst Thälmann bewertete in einem Brief an Fritz Heckert, dem Vertreter der KPD beim EKKI, am 27. Januar 1933 nach Moskau den Stand der Durchführung der Beschlüsse des XII. Plenums und verweist dabei auf bestimmte Schwächen bei der Beurteilung des Charakters »der faschistischen Diktatur in Deutschland« und der »Rolle der Sozialdemokratie, ihre(r) ›linken‹ Betrugsmanöver, ihre(r) besondere(n) Methode in der jetzigen Situation«. Weiter analysierte er die Verschärfung der Krisenerscheinungen und den »steigende(n) revolutionäre(n) Aufschwung«.⁴ Der Brief Thälmanns, der – wie damals üblich – gleichzeitig an Pjatnitski und damit an die Führung der Komintern ging, hatte durchaus analytischen Anspruch. Die Sicht des Führers der weltweit zweitgrößten kommunistischen Partei, die drei Tage später in ihre tiefste Katastrophe stürzte, verdient sicher einige Aufmerksamkeit. Thälmann diagnostizierte drei Merkmale »in der Stimmung der Massen«. »Erstens: Steigerung der Einheitsfrontstimmung im ganzen Proletariat. Zweitens: eine neue Welle antifaschistischer Massenstimmung, ganz besonders beim Proletariat. Im Kleinbürgertum vollzieht sich ein gewisser Umschwung in der Haltung zu den Nationalsozialisten, wobei sogar einige Teile zur antifaschistischen Front stoßen. Drittens: der Drang der Massen, ihr Machtbewußtsein für den Sozialismus steigt immer mehr.«⁵

Wie hier und in vielen anderen Dokumenten dieser Zeit deutlich wird, erwuchs die Verkennung des qualitativen Umbruchs der bürgerlichen Herrschaftsform mit dem Machtantritt Hitlers nicht in erster Linie aus der mangelnden zeitlichen Distanz zu den sich vollziehenden Prozessen und der Schwierigkeit, sie analytisch zu erfassen, sondern aus der grundsätzlich falschen Bewertung dieser

3 *Beschluß-Protokoll Nr. 2 der Polbüro-Sitzung vom 21. Jan. 1933. In: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO.BA). RY1/12/3/13. Bl. 107.*

4 *Ernst Thälmann an Fritz Heckert. Berlin, den 27. Januar 1933. In: Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv (SAPMO). RY5/16/3/96. Bl. 1.*

5 *Ebenda. Bl. 5.*

Vorgänge auf der Grundlage der Kapitalismusanalyse und des weltrevolutionären Konzepts von KPD und Komintern.

Ein Bericht Fritz Heckerts vor dem Präsidium des EKKI am 31. Januar 1933 verdeutlicht diesen Befund in frappanter Weise. Seine Schilderung des Machtantritts der Hitler-Regierung unterschied sich nur graduell von früheren Berichten über Regierungs-umbildungen. Wohl wurden die Gefahren gesehen, die von den aktuellen Entwicklungen in Deutschland gerade für die Arbeiterbewegung ausgingen, aber unter Bezug auf den Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar heißt es bei Heckert, »daß das offene faschistische Terrorregime an die Stelle des Regimes des verdeckten Faschismus mit sozialer Demagogie ... getreten ist«⁶. Ein faschistisches Regime wurde also durch ein anderes abgelöst. Die damit verbundene enorme Zuspitzung der Situation wurde jedoch gleichsam positiv gewendet: Durch sie sei »die mächtige Belegung der Arbeitermassen geschaffen worden«, die »Deutschland unmittelbar in eine revolutionäre Situation« bringe. Dem Hitler-Regime wurde keine lange Existenz zugetraut, so daß die Revolution erneut zur unmittelbaren Aufgabe avancierte. Die Tatsache, daß es der KPD nicht gelang, nennenswerten Widerstand gegen die Hitler-regierung zu mobilisieren, focht deren Führung und die der Komintern zunächst nicht an.

Zu den Legenden der SED-Parteigeschichtsschreibung gehörte die von der strategischen Neuorientierung der KPD auf dem Wege zum VII. Weltkongreß der Komintern und zur »Brüsseler« Parteikonferenz der KPD 1935 bereits auf der Tagung des Zentralkomitees der KPD in Ziegenhals am 7. Februar 1933 durch Ernst Thälmann. Da sich diese Legende in bestimmten Kreisen als wirklichkeitsrestistent bis in die Gegenwart erweist, sei darauf eingegangen.

Am 3. Februar 1933 beschloß das Polbüro der KPD die Durchführung einer »Konferenz der Polsekretäre, ZK.-Instrukteure und Abt.Leiter«⁷. Behandelt wurde das Referat Ernst Thälmanns »Politische Lage und Aufgaben«. In der Thälmann-Hagiographie der SED avancierte diese Konferenz zu einer Tagung des Zentralkomitees.

6 *Informationsbericht des Gen. Heckert über die Ereignisse in Deutschland auf der Sitzung des Präsidiums (der Exekutive der Komintern) vom 31. Jan(uar) 1933. In: SAPMO. RY5/I/6/3/69. Bl. 13.*

7 *Polbüro-Protokoll vom 3. Februar 1933. Nr. 3. In: SAPMO. RY1/I2/3/13. Bl. 4.*

Als erster und für längere Zeit einziger Beratung der Parteiführung nach dem Regierungsantritt Adolf Hitlers und letzter Beratung der Partei im Lande, erlangte sie zu Recht eine nicht geringe Bedeutung in der Parteigeschichte. Immerhin legte Thälmann hier letztmalig vor einem größeren Kreis führender Funktionäre der Partei in einem (nicht vollständig überlieferten) vierstündigen Referat die Sicht und Bewertung der gravierenden Veränderungen seit der Machtergreifung der Nationalsozialisten vor, die er und die KPD-Führung in den seitdem vergangenen acht Tagen gewonnen hatten. Es kann davon ausgegangen werden, daß Werner Hirsch, der persönliche Mitarbeiter Ernst Thälmanns, an der Ausarbeitung dieses Referates wesentlich beteiligt war. Diese Beratung erbrachte jedoch mitnichten eine Neuorientierung der Partei im Kampf gegen den Faschismus. Nicht die Schaffung einer breitestmöglichen antifaschistischen Front unter Hintanstellung anderer Ziele als der Überwindung der Hitlerdiktatur war das erklärte Ziel, sondern die »Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und des Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur«⁸ unter den Bedingungen »des Heranreifens der revolutionären Krise«⁹. Nicht selbstkritische Analyse der verfehlten Generallinie der KPD im Kampf gegen den »Hauptfeind« Sozialdemokratie sondern Kritik daran, daß man das Haupthindernis auf dem Weg zur proletarischen Revolution, »den Einfluß der SPD- und ADGB-Führer ... nicht in dem erforderlichen Maße zu liquidieren«¹⁰ vermochte. Aus diesem Grund sei die bisherige Taktik der Einheitsfront fehlgeschlagen. Thälmann orientierte auf den »revolutionären Sturz«¹¹ der Hitlerregierung »als unmittelbare(r) Aufgabe«¹². Auch wenn er erkannte, daß der Sturz der Hitlerregierung nicht »unter allen Umständen zu 100 Prozent ... mit dem Sieg der proletarischen Revolution direkt verbunden«¹³ sei, bedurfte es schon einiger Rabulistik, diese Fehleinschätzung des Kräfteverhältnisses zur vorweggenommenen Wende in der Politik der KPD zu stilisieren. Die KPD-Führung dachte immerhin über Aktionslosungen nach, die in einem Kampfprogramm gebündelt werden sollten. War die Ablehnung eines

⁸ Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals bei Berlin. Berlin 1981. S. 31.

⁹ Ebenda. S. 24.

¹⁰ Ebenda. S. 29.

¹¹ Ebenda. S. 25.

¹² Ebenda. S. 27.

¹³ Ebenda. S. 28 (Hervorhebung im Original).

gesonderten Aktionsprogrammes mit Übergangsforderungen in der Periode der relativen Stabilisierung – so Thälmann – in Auseinandersetzung mit den Rechten und Versöhnern richtig, da sie »lediglich der Nährboden für opportunistische Illusionen« gewesen wären, so verändere sich »in dem Maße, wie wir mit dem steigenden revolutionären Aufschwung stärker an die revolutionäre Krise herankommen ... die Lage für uns bezüglich der Aufstellung von Übergangslosungen.«¹⁴ Die »Fristen des revolutionären Aufschwungs und für die volle Entfaltung der revolutionären Krise« seien »heute viel kürzer als in den bisherigen Abschnitten des proletarischen Klassenkampfes«¹⁵, meinte Thälmann im gleichen Atemzuge. Damit bekräftigte er erneut die dogmatische und sektiererische Linie des XII. Plenums der Exekutive der Komintern vom Herbst 1932. Und es war zweifellos in seinem Sinne, daß das Präsidium der Exekutive der Komintern am 1. April 1933 erklärte, die Arbeiterklasse habe sich lediglich zurückgezogen und der revolutionäre Aufschwung in Deutschland werde unvermeidlich ansteigen. Der faschistischen Diktatur wurde der Effekt abgewonnen, daß sie »alle demokratischen Illusionen in den Massen zunichte macht und (sie) ... aus dem Einfluß der Sozialdemokratie befreit ... Die Kommunisten hatten recht, als sie die Sozialdemokratie als Sozialfaschisten bezeichneten.« Das Präsidium des EKKI stellte sich uneingeschränkt hinter die Politik der KPD-Führung. Auf Grund des Verrats der Sozialdemokratie »erwies sich das Proletariat in einer Lage, in der es nicht imstande war und tatsächlich auch nicht vermochte, die sofortige und entschlossene Abwehr gegen den Staatsapparat zu organisieren«. Der »Sieg Hitlers und die Aufrichtung der Macht der ›Nationalsozialisten‹« wurde zwar konzediert, die Arbeiterklasse hätte sich aber nur zurückgezogen.¹⁶

Selbst diese unzureichende Kennzeichnung der tatsächlichen Situation stieß in der Beratung des Präsidiums noch auf heftigen Widerstand.¹⁷ Die Resolution gelangte über die verschiedensten Wege nach Deutschland. So kursierte sie als hektographiertes Material in der Thüringer Parteiorganisation als Schulungsmate-

¹⁴ *Ebenda*. S. 39.

¹⁵ *Ebenda*. S. 28

¹⁶ *Resolution des Präsidiums des EKKI zum Referat des Genossen Heckert über die Lage in Deutschland (angenommen am 1. April 1933)*. In: *SAPMO*. RY5/16/10/26. Bl. 104.

¹⁷ *Siehe Protokoll des Präsidiums des EKKI am 1. April 1933*. In: *Ebenda*. Bl. 73.

rial.¹⁸ Die Einsicht in die Niederlage lag noch in weiter Ferne. Gestützt auf ausführliche Zitate aus der Rede Thälmanns in Ziegenhals, die übrigens nicht alle in der überlieferten Redefassung zu finden sind, zeigte sich noch im Sommer 1933 in einer für Schulungszwecke zusammengestellten Rededisposition das ganze Ausmaß sektiererischer Verkrustung. Es finden sich hier Thesen wie: »Der Sieg des Faschismus die Schuld der SPD« oder »Die SPD bleibt die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie« und schließlich die Auffassung, der starke Einfluß unter der Arbeiterklasse ermögliche der SPD »mit der »Märtyrer«-krone des Verbots ihre Rolle als soziale Hauptstütze weiterzuspielen«¹⁹. Und in einem Brief des ZK der KPD aus derselben Zeit wird die absurde These aufgestellt, daß auch das Verbot der SPD nichts an ihrer Rolle als Hauptstütze der Bourgeoisie ändere. Die Sozialdemokratie unterstütze jetzt mit illegalen Methoden den Hitlerfaschismus. Die Beschwörung des »revolutionären Aufschwungs« erschwerte die Umstellung der Parteiorganisationen auf die neuen Bedingungen und kostete die KPD eine große Zahl vermeidbarer Opfer. Diese Orientierung verstellte den Blick auf die Notwendigkeit einer radikalen Wende in der Politik von KPD und Komintern. In einem »Arbeitsprogramm der KPD für die nächsten Monate«, unterschrieben mit »ZK der KPD, Juni 1933«, in einer Zeit, in der die Organisationsstrukturen der Partei fast völlig zerschlagen wurden, orientierte die Parteiführung auf antifaschistischen Massenangriff in den Betrieben, auf die Weiterführung und Gewinnung der am 10. Mai 1933 zerschlagenen Gewerkschaften und auf die Weiterführung der kommunistischen Massenorganisationen als illegale Organisationen.²⁰ In einem weiteren als Brief des ZK firmierten Brief vom 6. Juli 1933 an alle Leitungen der Betriebszellen, Fünfergruppen und Gewerkschaftsfraktionen proklamierte die Parteiführung die »Sozialistische Freiheitsaktion«. Sie schätzte ein, »daß der Höhepunkt der mit dem 30. Januar entfalteten faschistischen Welle überschritten ist, daß in der Arbeiterklasse die Sammlung der Kräfte zum Widerstand gegen die faschistische Diktatur und zum Kampf für ihren Sturz sichtbare Fortschritte macht ... Der Hauptstoß unserer Politik geht auf die Gewinnung der

¹⁸ Siehe Resolution ... In: SAPMO. St. 3/805.

¹⁹ Rededisposition über die Lage und die Aufgaben der KPD. 4. Juli 1933. In: SAPMO. St 3/805. Bl. 7.

²⁰ Siehe Aus dem Arbeitsprogramm der KPD für die nächsten Monate. ZK der KPD. Juni 1933. In: SAPMO. RY 1/I2/3/14. Bl. 1–17.

Massen der sozialdemokratischen Arbeiter ...« Es gelte, »die Arbeiter von den zum Faschismus übergelaufenen Führern (der Sozialdemokratie) loszulösen und die Sozialdemokratie zu zerstören ... Wir proklamieren den Sturz von Hitler, ... wir wollen ... den Sieg der proletarischen Diktatur.«²¹

Der Tiefpunkt der fehlorientierten Politik von KPD und Komintern war aber noch nicht erreicht. Die »Generallinie« blieb das gesamte Jahr 1933 vorherrschend. Auf der XIII. Tagung des EKKI im November/Dezember feierte sie ein letztes Mal Triumphe. Sie blieb jedoch auch innerhalb des deutschen Kommunismus nicht unangefochten. Die Praxis des antifaschistischen Kampfes drängten immer zwingender auf Veränderungen. Besonders in Deutschland selbst stießen die Widerstandsgruppen, die zunehmend nicht mehr nach der formalen Parteizugehörigkeit zusammengesetzt waren, immer schmerzlicher auf die Grenzen der Beschlüsse und ignorierten oder sprengten sie. So beklagte der Kominternfunktionär G. B. Smoljanski noch 1934 in der Beratung des Mitteleuropäischen Ländersekretariats am 19. März eine Unterschätzung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie und schilderte als Beispiel einen Fall aus Berlin-Moabit, »wo die Genossen aus der Bezirksleitung der RGO aus den Resolutionen des XIII. Plenums und der Parteizentrale diejenigen Stellen herausgeschnitten haben, wo stand, daß die Sozialdemokratie ... die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie (war und bleibt), und sie haben die Resolutionen ohne diese Stellen verbreitet.«²²

Sieht man von den marginalen Gruppierungen der Reste der Neumann-Remmele-Fraktion und der Trotzlisten in der KPD ab, so verdienen die Positionen der sogenannten »Versöhnler« sowie der KPD(O) Beachtung.

Beide Gruppierungen vertraten orthodox kommunistische Standpunkte, die sich dennoch erheblich von denen der KPD-Führung unterschieden. Ein Positionspapier der »Versöhnler« aus dem Sommer 1933, das im Berliner Raum in größerer Zahl kursierte, unterschied sich schon im Ansatz vom Herangehen der KPD-Führung. Während diese in einem Dokument Ende Mai 1933 »mit Genugtuung auf die Feststellung des EKKI hin(weist), daß die Politik der KPD unter der Führung des Genossen Ernst Thälmann bis zum

21 Brief des ZK der KPD. 6. Juli 1933. In: SAPMO. St. 3/805. Bl. 13.

22 Protokoll der Sitzung des (Mitteleuropäischen) Ländersekretariat des EKKI am 19. März 1934. In: SAPMO. RY 5/I6/3/411. Bl. 15.

30. Januar richtig war und daß das EKKI alle Maßnahmen der Partei seit dem 30. Januar als Fortsetzung der richtigen Generallinie« sei,²³ so verweist das angesichts der Schwere der Niederlage auf einen gravierenden Realitätsverlust. Anders das »Versöhnler«-Papier.²⁴ Hier wird von dem Eingeständnis der Niederlage ausgegangen und als größter Fehler benannt, daß die KPD »nicht den Mut und die Kraft gehabt ... (hat, sich) selbst und der Arbeiterklasse die Wahrheit einzugestehen.« In Abwehr von Haltungen, die eine »Fehlerdiskussion« als schädlich und rückwärtsgewandt denunzierte, wurde betont, daß »alles, aber auch alles davon abhängt, ob die revolutionäre Partei sich selbst richtig einschätzt.« In einer differenzierten Analyse gehen die Autoren der noch heute unter Linken umstrittenen Frage nach: »Hätte man kämpfen sollen?« Sie erteilen den Antworten der KPD-Führung – es war richtig, dem Kampf auszuweichen, da die Voraussetzungen für den bewaffneten Aufstand, also für die Eroberung der Macht, nicht gegeben waren – ebenso eine Absage wie der der Neumann/Remmele-Gruppe – man hätte kämpfen müssen, koste es was es wolle. Die Partei hätte – so die Antwort der Verfasser – kämpfen müssen »in der Zeit zwischen Mitte und Ende Januar 1933, wo jeder Tag die Schicksalschwere der vergangenen Jahre in sich barg.« Gegen die Argumentation der KPD-Führung, der Kampf wäre wegen der Verweigerung der SPD nicht möglich gewesen, wurde geltend gemacht, daß die KPD in den entscheidenden Wochen den kampfbereiten SPD-Mitgliedern und Sympathisanten keine Angebote machte, in ihren Organisationen gemeinsam mit den Kommunisten den Faschismus zu bekämpfen. Ob und inwieweit auch in diesen Einschätzungen Illusionen über das reale Kräfteverhältnis mitschwangen, sei hier dahingestellt.

In ihren Haltungen zu den »großen« Fragen der Weltpolitik, insbesondere zur Sowjetunion, blieben die Vertreter dieser Richtung traditionell orthodox kommunistisch. Eine grundsätzliche Stalinismuskritik blieb außerhalb ihres Horizonts oder wurde in Konfrontation mit dem Trotzismus ausgeblendet. Die Solidarität mit Sowjetrußland, die Verteidigung des Landes der siegreichen

23 Entschließung des ZK der KPD zur Lage und zu den nächsten Aufgaben. Mai 1933. In: *Rundschau über Politik, Wirtschaft und Arbeiterbewegung*. Jg. 2. 1933. Nr. 17. S. 541.

24 Siehe (Rundschreiben der »Versöhnler«-Fraktion. Sommer 1933) *Was soll man tun*. In: *SAPMO. RY 1/I2/3/72. Bl. 1–11 (20 Ms.s.)*.

proletarischen Revolution blieb unangetastetes Refugium kommunistischer Religion. Die weitestgehenden Schlußfolgerungen aus dem Machtantritt des Hitlerregimes zogen die Analytiker der KPD(O). Gestützt auf die faschismustheoretischen Erkenntnisse, die vor allem August Thalheimer seit dem Anfang der zwanziger Jahre erarbeitet hatte und die zum Besten gehören, was auf diesem Gebiet international in der marxistischen Theorie geleistet wurde, erkannten sie sofort die neue Qualität der Herrschaftsform des Hitlerfaschismus. Sie erfaßten die Schwere der Niederlage der Arbeiterbewegung²⁵ und warnten vor Illusionen, das faschistische Regime werde infolge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder der Konflikte innerhalb der herrschenden Eliten zerbrechen. Ohne den geschlossenen Gegenangriff der Arbeiterklasse – so mahnte die KPD(O) – »werden diese Gegensätze *auf ihre Kosten überwunden*.«²⁶ Scharf und bitter bilanzierte sie die Politik von KPD und Komintern: »Geschlagen ist nicht der Kommunismus, aber geschlagen ist die ultralinke Taktik, geschlagen ist das bürokratische Regiment, geschlagen ist die bisherige Methode der ›Führung‹ in der KPD und in der Kommunistischen Internationale.« Und weiter heißt es sarkastisch: »Sie (die KPD – d.Verf.) hetzte das blöde und falsche Schlagwort vom ›Sozialfaschismus‹ zu Tode, dem die Vorstellung zu Grunde lag, als ob die Sozialdemokratie die Partei der faschistischen Diktatur sei. Sie schnitt sich so den Weg zur Sammlung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter gegen den wirklichen Faschismus ab. Sie erklärte nacheinander die Regierungen Severing-Braun, Brüning, Papen, Schleicher für faschistische Regierungen.«²⁷

Der scharfsinnigen Analyse des Faschismus und der Politik von KPD und Komintern folgte jedoch kein ebenso stringentes Konzept für die Überwindung des Faschismus. Auch in der KPD(O) konnte man sich als Alternative zum Faschismus nur die proletarische Diktatur, die Rätewahl vorstellen. »Das Ziel des Kampfes zum Sturz der faschistischen Diktatur kann nicht die Wiederherstellung

25 Siehe *Faschistische Diktatur über Deutschland*. In: *Gegen den Strom. Organ der KPD(Opposition)*. Berlin. 6. Jg. 1933. Nr. 3. 11. Februar. S. 25–26.

26 *Die politische Lage*. In: *Ebenda*. Nr. 4. 25. Februar 1933. S. 34 (Hervorhebung im Original).

27 *Die Niederlage und Wiedererhebung der deutschen Arbeiterklasse im Kampf gegen die faschistische Diktatur (Thesen)*. In: *Ebenda*. Nr. 5. Mai 1933. S. 6.

der bürgerlichen Demokratie sein.«²⁸ Es lag in der Logik dieses Ansatzes, daß man meinte, »Teillosungen können daher nicht bürgerlich-demokratischer Art sein.«²⁹ Während KPD und Komintern sich in den folgenden Jahren in einem schwierigen und widerspruchsvollen Prozeß einen strategischen Ansatz erarbeitete, der in der antifaschistischen Volksfrontpolitik gerade das Ringen um die Wiedergewinnung bürgerlich-demokratischer Rechte und Freiheiten in den Mittelpunkt ihrer Politik rückte, beharrte die KPD(O) auf ihren Positionen.

Das Bild, das sich die Kommunisten vom Kapitalismus machten, ihre Analyse des zeitgenössischen Imperialismus war die letztendliche Voraussetzung für ihre Strategie. Sie prägte auch ihre Sicht auf den Faschismus.

*»An der Schwelle des zweiten Turnus
von Revolutionen und Kriegen«
Imperialismus- und Faschismusanalysen
von KPD und Komintern*

Die Machtübertragung an den Hitlerfaschismus am 30. Januar 1933 kam für die kommunistische Weltbewegung nicht überraschend, wengleich die Kommunisten die Stabilisierungschancen des Regimes als gering veranschlagten. Die wichtigste Überlegung des XII. EKKI-Plenums vom Herbst 1932 in dieser Richtung lautete: Ein zu erwartender Übergang von der schleichenden Faschisierung zur offenen faschistischen Diktatur würde sich in Deutschland im Vergleich zu Italien 1922 am Beginn des zweiten Turnus der Revolutionen und Kriege vollziehen. Die Kommunisten erwarteten eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise unter der Hitler-Regierung. Dabei gingen sie von folgenden Überlegungen aus:

1. Der Tiefpunkt der zyklischen Krise ist noch nicht erreicht.
2. Für den gesamten Kapitalismus nehmen die Tendenzen zum Zerfall der Weltwirtschaft in ihre nationalstaatlichen Bestandteile zu, ist das Ende der sozialen Reformen eingetreten.
3. Angesichts der Lähmung der kapitalistischen Ware-Geld-Beziehungen durch die hereinbrechende Inflation sei das faschistische Regime zu Maßnahmen außerökonomischen Zwanges in Analogie zur ursprünglichen Akkumulation des Kapitals veranlaßt.

4. Infolge des Ausbleibens internationaler Kapitalhilfe, der außenpolitischen Isolierung und der Verschärfung der Wirtschaftskrise nehmen die Konflikte innerhalb der herrschenden Klasse um die Verteilung der verminderten Profitmasse zu, was zu einer Enttäuschung und Zersetzung der Massenbasis der faschistischen Diktatur in Deutschland führen muß.

Für die KPD war aber keineswegs das Abwarten auf ein ökonomisches »Abwirtschaften« der Hitler-Regierung typisch, sondern bis zum Vorabend des Reichstagsbrandes versuchte sie, Massenkämpfe auszulösen, die nach dem Sturz Hitlers zur proletarischen Revolution weitergeführt werden sollten. Besonders Vertreter der KP Italiens warnten die deutschen Kommunisten vor einem Abwarten und forderten auf Grund der eigenen Erfahrungen, »die Konsolidierung des noch schwachen faschistischen Regimes zu verhindern und es noch am Anfang zu schlagen«⁵⁰. Dabei blieb die Überzeugung, daß gerade die erwartete Wirtschaftskatastrophe günstige Möglichkeiten für den Massenkampf bot.

Diese strategische Option stand im engen Zusammenhang mit der Analyse der weltwirtschaftlichen Entwicklung und der neuen Situation in Deutschland.

Tatsächlich bot die Weltwirtschaft Anfang 1933 ein äußerst widersprüchliches Bild, welches bis zum Jahresende gewisse Konsolidierungstendenzen, aber keinen umfassenden Konjunkturaufschwung deutlich werden ließ. Im März 1933 erschütterte eine Bankenkrise die USA. Der demokratische Vizepräsidentenandidat John N. Gartner verdächtigte Charles Dawes der Günstlingswirtschaft und forderte eine Veröffentlichung der von der Reconstruction Finance Corporation an Banken gewährten Kredite. Daraufhin vermieden die Banken es, weitere Hilfe bei der RFC in Anspruch zu nehmen. Die Debatte über eine mögliche Dollarabwertung unter der kommenden neuen Administration führte zu starken Goldverlusten der Banken im Februar 1933. Die erneute Krisenverschärfung auf Grund der Führungsschwäche der abgewählten Hoover-Regierung hatte aber keine solch verheerende internationale Wirkung wie der Börsenkrach von 1929, da der Zerfall der Weltwirtschaft weiter vorangeschritten war. Die Maßnahmen der Roosevelt-Regierung (Regierungsaufsicht über Banken, staat-

⁵⁰ Die KP Italiens an die deutschen Arbeiter. In: *Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr)*. 1933. Nr. 17. S. 574. – Siehe Ercoli: *Vom »Marsch auf Rom« zum Regierungsantritt Hitlers*. In: *Ebenda*. S. 567.

liche Kontrolle der Ausgabe von Aktien, freiwilliger ziviler Arbeitsdienst, soziale Hilfsmaßnahmen) schufen Voraussetzungen für einen raschen Anstieg der Industrieproduktion von März bis Juli 1933 um 60 Prozent, dem aber ein erneuter Rückschlag im Herbst folgte. Die Weigerung der USA auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz im Sommer 1933, an der Stabilisierung der Währungen mitzuwirken, besiegelte endgültig den Zerfall der Weltwirtschaft. Zu dieser Zeit beschränkten Italien und Deutschland – abgeschnitten durch ein System von Kontrollen – bereits wirtschaftlich eigene Wege. Die Länder des Goldblocks (Frankreich, Belgien, Niederlande, Schweiz) verharrten in der Depression. Der internationale Kapitalmarkt war praktisch tot.³¹

Die weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Auslandsverschuldung, Fehlen von Kolonien, Rohstoffabhängigkeit, Handelskrieg) drängten auch die deutsche Monopolbourgeoisie zu grundsätzlichen Entscheidungen. In den ersten Monaten präsentierte die Hitler-Regierung jedoch kein umfassendes neues Wirtschaftsprogramm, sondern konzentrierte sich auf die Konsolidierung der politischen Machtpositionen. Die allmähliche wirtschaftliche Konsolidierung war zunächst auf die allgemeine Konjunkturbewegung (Auffüllung der Warenvorräte, Ersatzinvestitionen), die Wirkung der noch unter Papen und Schleicher verabschiedeten antizyklischen Programme zurückzuführen. Anfangs waren die ökonomischen Vorstellungen der NSDAP durch kleinbürgerliches ständisches und dirigistisches Denken geformt. Willkürliche Eingriffe der Gefolgschaft der Nazis bewirkten 1933 noch erhebliche Störungen der Wirtschaft. Daher sanken von Anfang Mai bis Mitte September 1933 die Aktienkurse wieder, hatten viele Unternehmer noch kein Vertrauen in die Stabilität des Regimes. Erst in einem längeren Prozeß bis zum 30. Juni 1934 wurde der kleinbürgerlich-ständischen Gefolgschaft der NSDAP eine offen staatsmonopolistische Zielsetzung aufgezwungen. Im Sommer 1933 erfolgte die erste Serie wichtiger wirtschaftspolitischer Gesetze (Arbeitsbeschaffungsprogramm, Zwangskartellierung, Transfermoratorium der Reichsbank). Nun traten die qualitativen Veränderungen gegenüber Papen und Schleicher deutlicher hervor: das größere Volumen der Arbeitsbeschaffungsprogramme und deren

³¹ Siehe Charles P. Kindleberger: *Die Weltwirtschaftskrise 1929–1939*. München 1973. S. 206–208, 241.

Verknüpfung mit der Aufrüstung, die expansive Kreditschöpfungspolitik (anstelle der Steuererhöhungen und Staatsanleihen) und die psychologische Überformung der Wirtschaftspolitik im Interesse der Aufrüstung.³²

Die erste Analyse der Hitler-Regierung in der »Rundschau« vom 1. Februar 1933 hob hervor, daß hinter dem Regime die ostelbischen Junker stünden, die »reaktionärste Herrschaftsschicht Europas«, während die entscheidenden Schichten der Bourgeoisie der Entwicklung mit gemischten Gefühlen entgegensehen würden.³³ Einen Monat später wurden Agrarkapital und Schwerindustrie um Thyssen und Silverberg als die Teile der herrschenden Klasse genannt, die hinter Hitler stünden. Diese Gruppierungen seien gestärkt durch die Uneinigkeit und Zersplitterung der übrigen Teile der kapitalistischen Klasse, welche vorläufig keine Rolle mehr bei der politischen Entwicklung spielten. Ungeachtet der von der NSDAP gegen ihre Koalitionspartner um Hugenberg geführten Kampagne versuchten die Kommunisten die Konstellation der Klassenkräfte differenzierter zu erfassen. Dies kam in einem von N. Rudolf gezeichneten Artikel in der »Kommunistischen Internationale« zum Ausdruck (15. Mai 1933): »Die Regierung Hitler, die die offene terroristische Diktatur der deutschen Bourgeoisie durchführt, ist ein Block der reaktionärsten Teile des Finanzkapitals, der ostpreußischen Gutsbesitzer, der alten wilhelminischen militaristischen Bürokratie und der faschistischen nationalsozialistischen Massenpartei, die mit Hilfe einer äußerst nationalistischen Demagogie die kleinbürgerliche Massenbasis für die faschistische Diktatur liefert.«³⁵ Ähnlich äußerte sich Ernst Thälmann in seinem Referat in Ziegenhals zur Charakterisierung der Hitler-Regierung: »Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die offene faschistische Diktatur. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so

32 Siehe Dietmar Petzina: *Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit*. Wiesbaden 1977. S. 109. – Lotte Zumppe: *Wirtschaft und Staat in Deutschland 1933 bis 1945*. Berlin 1980. S. 27–52.

33 Siehe *Vor Entscheidungskämpfen in Deutschland. Adolf Hitler Reichskanzler*. In: *Rundschau*. 1933. Nr. 2. S. 21.

34 Siehe *Vier Wochen faschistische Hitler-Diktatur. Eine Bilanz*. In: *Ebenda*. Nr. 3. S. 55.

35 N. Rudolf: *Die Verschärfung der Widersprüche des Versailler Systems und die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges*. In: *Die Kommunistische Internationale. Wochenschrift der Exekutive der Komintern*. 1933. Berlin. H. 7. S. 146.

kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in der Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben.«³⁶

Diesen Wertungen war bei aller Bemühung um Differenziertheit ein mechanisch-funktionales Verständnis des Verhältnisses von Kapital und NS-Herrschaft eigen.

Die erste umfassende Einschätzung der Situation in Deutschland und der Perspektive des Hitlerregimes nahm die Tagung des EKKI-Präsidiums am 1. April 1933 vor. Dabei wurde an den bisherigen Erwartungen festgehalten, die Möglichkeit eines revolutionären Sturzes der faschistischen Diktatur sogar noch stärker hervorgehoben. Aus den veröffentlichten Dokumenten (Bericht Fritz Heckerts und Resolution der Tagung) läßt sich folgende Einschätzung der Lage rekonstruieren. Die Möglichkeit der Machtübertragung an den Faschismus wurde auf die Spaltung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie, den Charakter der Weimarer Republik als einer reaktionären Diktatur der Bourgeoisie und die nationalistische Ausnutzung des Versailler Jochs zurückgeführt. Deshalb seien am 30. Januar 1933 die Voraussetzungen für einen bewaffneten Aufstand lediglich in »Keimzustand« vorhanden gewesen. Hinsichtlich der Frage der Stabilisierungschancen der faschistischen Diktatur stellte man fest, »daß die kapitalistische Autarkie ein ökonomischer Unsinn ist« und der deutsche Kapitalismus weder einen aufnahmefähigen Binnenmarkt noch eine Forcierung des Exports erreichen kann. Die passive Handelsbilanz und der Bankenkrach in den USA würden ernsthaft die Stabilität der deutschen Mark gefährden, während die Schutzzölle die innere Konsumtionskraft weiter schwächten. Die abenteuerliche Politik der Hitlerregierung habe somit lediglich die »Schrumpfung« des Binnen- und Außenmarktes beschleunigt. Resümierend stellte die Tagung fest, daß die faschistische Diktatur »keine einzige politische und wirtschaftliche Frage des heutigen Deutschland zu lösen« vermag. Im Unterschied zum italienischen Faschismus 1922 sei in Deutschland keine stabile Hegemonie der Bourgeoisie über Bauernschaft und städtisches Kleinbürgertum mehr möglich.³⁷

³⁶ Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals. S. 25.

³⁷ Siehe *Die Lage in Deutschland. Resolution des Präsidiums des EKKI zum Referat des Genossen Heckert*. In: *Rundschau*. Basel 1933. Nr. 9. S. 229f. – Fritz Heckert: *Was geht in Deutschland vor?* In: *Ebenda*. Nr. 10. S. 261–264.

Vor diesem Hintergrund zog man die Schlußfolgerung, daß die bisherige Orientierung auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie um die Mehrheit der Arbeiterklasse und auf die Vorbereitung des Kampfes um die proletarische Diktatur richtig gewesen sei. Die Errichtung der faschistischen Diktatur zerstöre vor allem die demokratischen Illusionen und befreie die Arbeiterklasse aus dem Einfluß der Sozialdemokratie. Auf diese Weise würde die Hitlerdiktatur trotz des grausamen Terrors das Tempo der Entwicklung Deutschlands zur proletarischen Revolution beschleunigen. Der Tenor der Tagung des EKKI-Präsidiiums bestand somit darin, daß der Sturz Hitlers vor allem eine Frage der Umgruppierung der Mehrheit der Arbeiterklasse von der SPD zur KPD sei. Dementsprechend erhielt die »Sozialfaschismus«-These eine erneute Aufwertung.³⁸

Die meisten Stellungnahmen der kommunistischen Publizistik jener Monate hoben hervor, daß die Perspektive der Hitlerregierung von der Verschärfung der Weltwirtschaftskrise und außenpolitischen Isolation Deutschlands bestimmt werde, was bereits in kurzen Fristen zum Zerfall der NS-Massenbasis und revolutionären Zuspitzung führe. Die überlieferte Einschätzung Ernst Thälmanns auf der Ziegenhalser Tagung fällt auf den ersten Blick tatsächlich aus dem Rahmen dieser Erwartungen. Über die Möglichkeit einer Ablösung eines faschistischen Regimes durch eine bürgerlich-demokratische Regierung war zwar in der Komintern im Vorfeld des VI. Kongresses 1928 (Italien) und im Zusammenhang mit der spanischen Revolution 1930/31 diskutiert worden, doch 1933 wurde dies in den kommunistischen Stellungnahmen ausgeschlossen. Thälmanns Äußerung, daß der Sturz der Hitlerregierung und der Sieg der proletarischen Revolution nicht unbedingt ein und dasselbe sein müssen, ist insofern denkbar und authentisch, daß er ein erneutes »demokratisches Manöver« der Bourgeoisie mit Unterstützung der Sozialdemokratie in Betracht zog. Die Orientierung in seinem überlieferten Manuskript lief auf einen *sofortigen* revolutionären Kampf gegen die Diktatur hinaus, ohne auf das volle Ausreifen der Situation für den Sieg der proletarischen Revolution zu warten. Dies schloß aber nicht – in seinem Verständnis – die Anerkennung der bürgerlichen Demokratie als Teilziel ein.³⁹ Genau diese Position vertraten Ende 1933 Palmiro Togliatti und D. S. Manuilski auf

38 Siehe ebenda. S. 264–267. – *Die Lage in Deutschland*. S. 230f.

39 Siehe *Die illegale Tagung des Zentralkomitees der KPD am 7. Februar 1933*. S. 25–28.

dem XIII. Plenum des EKKI. Sie warnten vor der Erwartung eines *automatischen* Sieges der proletarischen Revolution nach dem Sturz der faschistischen Diktatur, verneinten zugleich die bürgerliche Demokratie als mögliches Teilziel des antifaschistischen Kampfes der Kommunisten.⁴⁰

Im Frühjahr 1933 herrschte aber die Auffassung vor, daß das Scheitern der sozialdemokratischen Koalitionspolitik in Deutschland und Österreich den Bankrott der II. Internationale bedeute. Es bestehe eine äußerst günstige Gelegenheit, daß die kommunistische Partei zur Einheitspartei der gesamten Arbeiterklasse werde. Bereits im März 1933 schrieb W. G. Knorin in der »Rundschau«, daß die faschistische Diktatur eine Folge der Perspektivlosigkeit in der Lage der Bourgeoisie sei, denn die Konterrevolution verfüge über keine ökonomischen Hilfsquellen mehr. Der Bourgeoisie stehe nur noch eine kurze Zeit der Herrschaft bevor. Daher sei es ein Axiom kommunistischer Politik, alles den Aufgaben der proletarischen Revolution unterzuordnen und die proletarische Bewegung von den »liberalen Mitläufern«⁴¹ zu befreien. Im ersten Leitartikel der deutschsprachigen Ausgabe der »Kommunistischen Internationale« zur Lage in Deutschland wurden ebenfalls kurze Fristen bis zum Kampf um die Diktatur des Proletariats prognostiziert. Um die Qualen *abzukürzen*, sei die Kampfeinheit der Arbeiterklasse herzustellen, wofür allein die KPD über große Möglichkeiten verfüge. Schon der Titel war bezeichnend: »Der Zusammenbruch des Weimar-Deutschland und die Vorbereitung des deutschen Oktober«⁴². Die Beschlüsse der Tagung des EKKI-Präsidiums kommentierte die Zeitschrift: »Die Faschisten sind Eintagskönige. Ihr Sieg ist ein kurzer Sieg, dem die proletarische Revolution auf dem Fuße folgt.«⁴³

Ende Mai 1933 nahm das Exil-ZK der KPD eine Resolution an, die wesentlich diesen Intentionen folgte und prononciert darauf verwies, daß die Generallinie der Partei richtig sei. Einen breiten

40 Siehe *Die Diskussion zu den Referaten der Genossen Kuusinen, Pieck und Pollitt*. In: *Rundschau*. 1934. Nr. 5. S. 153. – *Manuilski: Revolutionäre Krise, Faschismus und Krieg*. In: *Ebenda*. Nr. 11. S. 391.

41 Siehe *Wilhelm Knorin: Das Barometer zeigt auf Sturm*. In: *Ebenda*. 1933. Nr. 5. S. 108f.

42 *Der Zusammenbruch des Weimar-Deutschland und die Vorbereitung des deutschen Oktober*. In: *Die Kommunistische Internationale*. 1933. H. 5. S. 14ff.

43 *Der deutsche Faschismus und das deutsche Proletariat*. In: *Ebenda*. H. 7. S. 114.

Raum nahm die Auseinandersetzung mit der Fraktion um Heinz Neumann und Hermann Remmele ein, deren Plattform folgendermaßen wiedergegeben wurde: »Faschistische Diktatur bedeutet grundlegenden ›Systemwechsel‹ – das Lumpenproletariat ist heute die herrschende Klasse, der sich die ganze Bourgeoisie unterwirft – die Macht der Bourgeoisie ist gestärkt, das Proletariat hat eine Schlacht verloren und eine Niederlage erlitten – Genosse Thälmann, das Zentralkomitee und die Partei tragen die Verantwortung für das Zustandekommen der faschistischen Diktatur«⁴⁴. In Remmeles illegalem Quartier war inzwischen der kompromittierende Brief von Neumann vom 7. März 1933 gefunden worden. Es war bezeichnend, daß Neumann gefordert hatte, alle »kominternfeindlichen Äußerungen«, d. h. die von der »Generallinie« abweichenden Überlegungen, sofort zu protokollieren und nach Moskau zu schicken.⁴⁵ Erneut erschwerten innere Auseinandersetzungen die Neuorientierung der Partei in der ohnehin sehr komplizierten Situation.

Das Exil-ZK antwortete auf die Vorwürfe der Fraktionsgruppe, die Arbeiterklasse und KPD seien vorübergehend zum Rückzug gezwungen worden, hätten aber keine Niederlage erlitten. Es bestehe eine Schere zwischen richtiger Generallinie und ungenügender Umsetzung in die Praxis. In der Entschließung des ZK wurde die Gefahr einer noch brutaleren Vernichtung der gesamten organisierten Arbeiterbewegung als in Italien hervorgehoben. Zugleich hielt man an der Erwartung fest, daß diese Entwicklung die Überwindung der jahrzehntelang von der Sozialdemokratie genährten demokratischen Illusionen, die Loslösung der Massen von der Eisernen Front und vorn Zentrum erleichtere.⁴⁶

Bei der Einschätzung der Perspektive der faschistischen Diktatur ließ sich die Parteiführung vor allem von den Thesen des XII. EKKI-Plenums leiten. Die Krise in den USA, die Preisgabe des Goldstandards des Dollars, die internationalen Spannungen wurden als Zeichen des »Endes der Stabilisierung« gewertet. Auch Eugen Varga hob in seinem am 26. Mai 1933 veröffentlichten Vier-

44 Entschließung des Zentralkomitees der KPD zur Lage und zu den nächsten Aufgaben. In: Rundschau. 1933. Nr. 17. S. 542.

45 Der Brief wurde auf dem XII. Plenum des EKKI von André Marty verlesen. Siehe Rundschau. 1934. Nr. 11. S. 418f.

46 Siehe Entschließung des Zentralkomitees der KPD zur Lage. S. 541–543, 546.

teljahresbericht hervor, daß das zweite Halbjahr 1932 keinen Umschwung in der Konjunktorentwicklung gebracht hatte. Er betrachtete die erwartete Inflation als Folge der »allgemeinen Krise« des Kapitalismus. Das monopolistische Industriekapital sei zu diesem Weg gezwungen, um den Anteil des Leihkapitals am durch die Krise verringerten Wertprodukt zurückzudrängen. Dieser Weg führe aber nach einer kurzen Atempause zu einer erneuten Vertiefung der Krise.⁴⁷ Das Hitlerregime ging – so Varga – der Katastrophe der Inflation entgegen.⁴⁸ Ähnlich wurde die Situation in der Entschließung des Exil-ZK beurteilt. Die Wirtschafts- und Außenpolitik der Hitlerregierung schränke die deutschen Exportmöglichkeiten gewaltig ein. Die außenpolitische Isolierung sei größer als 1914, die Versailler Tributmächte würden die Lage der deutschen Bourgeoisie durch keine Konzessionen mehr erleichtern. Die deutsche Mark sei ernsthaft gefährdet, wodurch neue Konflikte im Lager der Bourgeoisie über die einzuschlagenden Wege entstehen. Konzessionen an die Kleinbourgeoisie dürften nicht über die monopolkapitalistische, großagrarisches Grundlinie der faschistischen Politik hinwegtäuschen. Die Hitlerregierung sei nicht in der Lage, Deutschland vom Versailler Joch zu befreien. Die Hitler-Diktatur breche zwar auf Grund dieser Widersprüche nicht von sich aus zusammen, es breite sich aber die Enttäuschung unter den werktätigen Anhängern der NSDAP aus, deren entscheidende Schichten die KPD für die proletarische Revolution gewinnen müsse.⁴⁹

Der EKKI-Mitarbeiter Sepp Schwab zog im Mai 1933 eine »Wirtschaftsbilanz von drei Monaten Hitlerdiktatur«. Dabei hob er hervor, daß die Autarkie für ein Industrieland kein Rettungsanker sein könne und die deutschen Probleme der Mithilfe anderer imperialistischer Länder bedürften. Deshalb führe der aggressive Kurs der Hitler-Regierung in das wirtschaftliche Chaos. Die Abnahme der Arbeitslosenzahl führte Schwab allein auf die Saisonentlastung zurück. Die Cliquenkämpfe innerhalb der Regierung, aber auch der Widerstand von Teilen der Bourgeoisie gegen die Wirtschaftspläne der faschistischen Diktatur (Chemiekapital, Banken) würden ein einheitliches Konzept der Wirtschaftspolitik behindern. Schwab gab die Golddeckung der Reichsbank für die Mark mit 10 Prozent an und meinte – unter Verweis auf die gestiegene Verschuldung von

47 Siehe *Rundschau*. 1933. Nr. 15. S. 479f.

48 *Ebenda*. S. 466ff.

49 Siehe *Entschließung des Zentralkomitees der KPD zur Lage*. S. 544f.

Reich, Ländern und Gemeinden –, daß die Inflation längst da sei. Sein Fazit: Die faschistische Diktatur verschaffte den Agrariern und der Kriegsindustrie eine Verbesserung der Lage – auf Kosten der Arbeiterklasse, des Kleinbürgertums und der allgemeinen Verschärfung der Krise.⁵⁰

Aus der Stellungnahme der Parteiführung der KPD wie aus den Urteilen von Eugen Varga und Sepp Schwab wird deutlich, daß die Kommunisten davon ausgingen, daß sich das bisherige Instrumentarium privatmonopolistischer wie staatlicher Krisenbewältigung als unzureichend erwiesen hatte. Die neuen Wege wurden im faschistischen Deutschland erst mit den Maßnahmen des »Neuen Plans« von Hjalmar Schacht im zweiten Halbjahr 1934 umfassend deutlich. Allerdings fällt auf, daß die konjunkturellen Erholungserscheinungen und die Arbeitsbeschaffung kaum empirisch untersucht wurden, was einerseits auf das berechtigte Mißtrauen in die gleichgeschaltete deutsche Statistik, andererseits aber auch auf politisch motivierte Erwartungshaltungen zurückzuführen war.

Unter diesen Voraussetzungen durfte die entscheidende Schlußfolgerung des Mai-Plenums des Exil-ZK der KPD nicht überraschen: »Die grundlegenden objektiven Faktoren, wie das XII. Plenum voraussagte, entwickeln sich auf Grund der Maßnahmen der Hitler-Regierung schneller zur revolutionären Krise hin.«⁵¹

Die im Juni 1935 vollzogene Gleichschaltung aller politischen Parteien und Organisationen, die sich als wichtige Etappe im Konsolidierungsprozeß der faschistischen Diktatur erweisen sollte, erschien in den ersten Stellungnahmen der KPD als Reaktion auf die Bedingungen der Verschärfung der inneren und äußeren Schwierigkeiten der Regierung.

Das Exil-ZK entlarvte die demagogische Kampagne der NSDAP gegen den »Reaktionär« Hugenberg und interpretierte die politischen Veränderungen folgendermaßen:

1. Unter den Bedingungen der Zuspitzung des Klassenkampfes und des Aufschwungs der antifaschistischen Bewegung unter Führung der KPD stellten selbst bei reaktionärster Führung die bürgerlichen und sozialdemokratischen Organisationen Sammelpunkte für die mit der Regierung unzufriedenen kleinbürgerlichen und proletarischen Schichten dar.

50 Siehe Sepp Schwab: Die Wirtschaftsbilanz von drei Monaten Hitlerdiktatur. In: Die Kommunistische Internationale. 1933. H. 9. S. 306ff.

51 EntschlieÙung des Zentralkomitees der KPD zur Lage. S. 548.

2. Mit Hitlers Sieg über Hugenberg und Brüning haben sich die entscheidenden Teile des Monopolkapitals und der Junker im Kampf gegen andere kapitalistische Interessengruppen um die totale Beherrschung des Staatsapparates durchgesetzt.

3. Die Kampagne gegen Hugenberg sollte die Unzufriedenheit in der nazistischen Gefolgschaft dämpfen.⁵²

Im Sommer 1933 setzten sich führende Ökonomen der KI erstmals gründlicher mit dem Produktionsanstieg des ersten Halbjahres in den USA, Japan, Deutschland und Großbritannien auseinander. Lajos Magyar hob hervor, daß trotz des Anstieges der Produktion verschiedener Zweige der Schwerindustrie und Rohstoffgewinnung die Investitionen und der Maschinenbau weiter stagnierten. Er zog die Schlußfolgerung, daß es sich um eine Rüstungsproduktion handle, die nicht durch eine effektive Nachfrage, sondern durch Inflation stimuliert werde. Dieses Wachstum auf »kriegsinflationistischer Grundlage« führe nur zu einem »neuen Krisenanfall der Weltwirtschaft«⁵³, wie es die Kreditvergabe unter dem US-Präsidenten Hoover im zweiten Halbjahr 1932 gezeigt habe. Ähnlich sah Eugen Varga das Problem in seinem am 30. Juli 1933 abgeschlossenen Vierteljahresbericht. Er wertete die Lagerauffüllung, spekulative Käufe infolge der Inflationserwartung und die Kriegsvorbereitungen als vorübergehende Erscheinungen. Der kapitalistische Mechanismus der Krisenüberwindung sei zwar nicht ausgeschaltet, aber unter dem Druck der »allgemeinen Krise« seien diese Kräfte nicht in der Lage, »die zyklische Krise überwindend, einen neuen Aufschwung hervorzubringen«⁵⁴. Anhand des Scheiterns der Londoner Weltwirtschaftskonferenz erläuterte Varga, daß das »Marktproblem« unter den Bedingungen der »allgemeinen Krise« im internationalen Maßstab nicht gelöst werden kann. Darin zeige sich der Charakter des Kapitalismus »als historisch vorübergehender, infolge ihrer inneren Gesetze unvermeidlich ihrem Zusammenbruch zustrebender Produktionsweise«. Die chronische Verengung des Marktes sei auf die relative Einengungstendenz des kapitalistischen Marktes, die Verminderung der Wirkung der Faktoren der historischen Ausdehnung des kapitalistischen Marktes (Bauern, »dritte Personen«), die den Markt einengende

⁵² Siehe *Die KPD zur Lage in Deutschland*. In: *Rundschau*. 1933. Nr. 23. S. 781.

⁵³ Magyar: *Neue Erscheinungen in der Entwicklung der Wirtschaftskrise*. In: *Rundschau*. 1933. Nr. 25. S. 871ff.

⁵⁴ *Rundschau*. 1933. Nr. 30. S. 1132.

Wirkung der Monopole und das Bestehen der Sowjetunion zurückzuführen.⁵⁵ Im nächsten, am 26. Oktober 1933 abgeschlossenen Vierteljahresbericht betonte Varga besonders die These des XII. EKKI-Plenums, daß der *monopolistische* Charakter des Kapitalismus den gewöhnlichen Ausweg aus der zyklischen Krise außerordentlich behindere. Die vom Monopolkapital eingeschlagenen Wege – die Preiserhöhung durch Inflation, die Stärkung der nationalen Kartelle und die technischen Neuerungen zur Herabsetzung der Produktionskosten ohne Erhöhung der Produktionsvolumens – würden letztlich die Konsumtionskraft der Gesellschaft weiter vermindern.⁵⁶ In diesem Zusammenhang meinte Varga, daß die Marxsche Prognose aus dem III. Band des »Kapital« Wirklichkeit werde: Es komme zur Revolution, weil die Mehrzahl der Bevölkerung außer Kurs gesetzt ist. Anhand der Entwicklung von Industrieproduktion, Anzahl der Beschäftigten und Lohnsumme in den USA 1932–1933 wies Varga nach, daß die Rationalisierung vor allem zum Einsparen von variablen Kapital führte (durch Erhöhung der Arbeitsintensität bei Herabsetzung der Löhne und gleichbleibender Beschäftigung). Er nahm an, daß sich das Kapital auf die geringe Auslastung der Produktionskapazitäten und auf die Massenarbeitslosigkeit als Dauerzustand einrichte.⁵⁷

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen sprach Varga von der Aussichtslosigkeit der »Ankurbelung« der deutschen Wirtschaft durch die faschistische Diktatur. Eine kleine Produktionssteigerung sei auf die Kriegsvorbereitung zurückzuführen, die Inflation rücke näher.⁵⁸ Den Aufschwung der Industrieproduktion in den USA bezeichnete er als »typische Inflationsspekulation«⁵⁹. Untersuchungen von Vertretern der KPD zur deutschen Wirtschaft zielten in die gleiche Richtung. Sepp Schwab sprach von »Sumpfb Blüten« scheinbarer Wirtschaftsbelebung, weil die mittels der Notpresse finanzierte profitreiche Kriegskonjunktur mit einer Verschlechterung der Lage in der Gesamtwirtschaft einhergehe. Fritz David setzte sich mit der faschistischen Arbeitsbeschaffung auseinander. Er hob hervor, daß die Mehrbeschäftigung auf keinen konjunkturellen Aufschwung zurückzuführen war, sondern auf

55 Siehe ebenda. S. 1113–1115.

56 Siehe ebenda. Nr. 44. S. 1709f., 1713.

57 Siehe Eugen Varga: *Das Problem der steigenden chronischen Massenarbeitslosigkeit*. In: *Die Kommunistische Internationale*. 1933. H. 14. S. 675ff.

58 Siehe *Rundschau*. 1933. Nr. 30. S. 1125; Nr. 44. S. 1707.

59 Ebenda. Nr. 30. S. 1126.

Programme, die nur für eine gewisse Zeit eine demonstrative Beschäftigung sicherten und den Lebensstandard unter die normalen Tarife drückten.⁶⁰

In der Einschätzung der internationalen Beziehungen hoben die Kommunisten 1933 die wachsenden Spannungen zwischen den imperialistischen Ländern, angefangen vom Handelskrieg bis zu den Revisionsbestrebungen gegen den Versailler Vertrag hervor.

Zugleich gab es bemerkenswerte Gedanken zu der mit der Aggressivität des deutschen Faschismus in Europa entstehenden neuen Konstellation. Karl Radek schrieb im Mai 1933, daß eine Revision des Versailler Systems durch den Sieg des Faschismus die nationalen Interessen der von den Faschisten als »minderwertig« bezeichneten Völker berühre. Deshalb könne sich das internationale Proletariat nicht auf die Seite derjenigen imperialistischen Kräfte stellen, »die in der Feuerbrunst eines neuen imperialistischen Krieges die Neuaufteilung der Welt durchführen wollen«, selbst wenn das Proletariat ein Feind des Versailler Vertrages sei, meinte Radek.⁶¹ In einem von N. Rudolf gezeichneten Artikel wurde hervorgehoben, daß die Revision von Versailles lange vor Hitler bereits begonnen hatte (im Sommer 1931). Einige imperialistische Politiker seien jedoch bestrebt, zunächst noch die Risiken eines imperialistischen Krieges zu vermeiden. Allerdings verstärke sich die Gefahr einer antisowjetischen Blockbildung zwischen Deutschland und Großbritannien.⁶²

In einem weiteren Aufsatz wies der Autor die langfristige Entwicklung der Konzeption der Ostexpansion des deutschen Imperialismus nach. Dabei strebe die Hitlerregierung ein Bündnis mit Italien und Großbritannien an, sei aber durch erste Mißerfolge gezwungen worden, »eine vorsichtiger und elastischere Politik zu betreiben, (ihre) Maßnahmen mehr mit dem realen Kräfteverhältnis in der kapitalistischen Welt in Einklang zu bringen, Zeit zum Manövrieren zu gewinnen.« Durch die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland sei eine neue Situation entstanden,

⁶⁰ Siehe Sepp Schwab: *Zur Wirtschaftslage in Deutschland*. In: *Kommunistische Internationale*. 1933. H. 18. S. 932ff. – F. David: *Wie Hitler die Arbeitslosigkeit »liquidiert«*. In: *Ebenda*. H. 12. S. 497ff.

⁶¹ Siehe Karl Radek: *Die Revision des Versailler Vertrages*. In: *Rundschau*. 1933. Nr. 15. S. 446f.

⁶² Siehe N. Rudolf: *Die Verschärfung der Widersprüche des Versailler Systems und der Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges*. In: *Die Kommunistische Internationale*. 1933. H. 7. S. 147–151.

in der sich ein eigenartiger Wettlauf des Rüstens zu zwei Kriegen – gegen die Sowjetunion und zwischen den kapitalistischen Ländern – vollziehe.⁶³ Diese nüchternen Einschätzungen standen im deutlichen Kontrast zu den Erwartungen, daß die außenpolitische Isolierung und Schwäche des deutschen Faschismus die Durchbrechung der Versailler Bestimmungen unmöglich machen würden. Die Analyse der zum Faschismus alternativen bürgerlichen Krisenbewältigung, besonders des New Deal, konnte von der Komintern 1933 nicht hinreichend gelöst werden. Tatsächlich hatte die Wahlkampf-Rhetorik in den USA kaum einen Hinweis auf neue Ansätze der Wirtschaftspolitik gegeben, repräsentierten beide Präsidentschaftskandidaten den inlandsbezogenen und Mittelwest-Flügel der Parteien. Als New Yorker Gouverneur hatte Roosevelt allerdings 1931 eine staatliche Sozialhilfe eingeführt und in seinem seit März 1932 geschaffenen Beraterstab hatten die Verfechter planwirtschaftlicher Wirtschaftsregulierung und wohlfahrtsstaatlicher Reformen eine starke Stellung inne. Die Politik des New Deal trug insofern einen stark pragmatischen, aus der Notlage der Krisenumstände erwachsenen, widerspruchsvollen Charakter, ein Konzept weitreichender sozialer Reformen war zum Beginn der neuen Administration nicht vorhanden.⁶⁴ Die kommunistischen Kommentare hoben zunächst eine vermeintliche Kontinuität von der Hooverschen zur Rooseveltischen Wirtschaftspolitik hervor. Im zweiten Halbjahr 1932 gewährte staatliche Kredite hätten zum Bankenkraich Anfang 1933 geführt, die neuen Antikrisenmaßnahmen würden ebenfalls die Inflation beschleunigen, was durch die Dollarabwertung Ende April bereits bestätigt worden sei. Die Tätigkeit des Rooseveltischen »Brain Trusts« wurde als »Deckmantel finanzkapitalistischer Politik« bezeichnet, seinen Reformplänen keine reale Chance eingeräumt.⁶⁵

63 Siehe ders.: *Hitlers Außenpolitik*. In: *Ebenda*. H. 13. S. 587ff.

64 Siehe Charles P. Kindleberger: *Die Weltwirtschaftskrise*. S. 204. – Rüdiger Horn / Peter Schäfer: *Geschichte der USA 1914–1945*. Berlin 1986. S. 176f., 184. – N. N. Jakowlew: *Franklin D. Roosevelt. Eine politische Biographie*. Berlin 1977. S. 165f.

65 Siehe *Das Ergebnis der Präsidentenwahlen in den Vereinigten Staaten*. In: *Inprekorr*. 1932. Nr. 94. S. 3021. – *Die »Prawda« zur Wahl Roosevelts*. In: *Ebenda*. Nr. 96. S. 3064. – Louis Engdahl: *Roosevelts Sieg über Hoover*. In: *Ebenda*. Nr. 97. S. 3099. – *Roosevelts Amtsantritt*. In: *Rundschau*. 1933. Nr. 4. S. 76f. – 1. Mai am historischen Wendepunkt. In: *Ebenda*. Nr. 11. S. 297.

Auch Eugen Varga war in seinen Vierteljahresberichten 1933 nicht in der Lage, die Auswirkungen des Gesetzeswerkes der ersten hundert Tage der Roosevelt-Administration zu überschauen. Im April 1933 meinte er, die Regierungsmaßnahmen würden die neue Bankrottelle nur künstlich hinausschieben. In den Stützungsmaßnahmen für die Farmer sah er den »verzweifelten Versuch, die Grundrente auf Kosten der Arbeiterschaft oder des Profits des industriellen Kapitals wieder auf die Vorkriegshöhe zu bringen.« Im Juli 1933 sprach Varga von einem »spekulativen Aufschwung« der Industrieproduktion, der auf einer voranschreitenden Inflation beruhe. Die Roosevelt-Gesetze zielen deshalb auf die Einfrierung der Löhne als Minimallöhne ab, die von der Inflation bald entwertet würden. Auch Varga blieb nicht von dem Irrtum verschont, die Vollmachten für die US-Zentralregierung als »ganz klare Tendenzen der Faschisierung« und die Reformpolitik Roosevelts als »faschistische Politik«⁶⁶ zu charakterisieren. Sicher wiesen linke und kommunistische Kritiker des New Deal zu Recht auf die dominierende Stellung des Monopolkapitals in der National Recovery Administration (NRA), die die Lohnkodexe ausarbeitete, und die Schwäche der Gewerkschaften hin. Sie übersahen aber, daß die erstmalige staatliche Anerkennung der gewerkschaftlichen Vertretung in den Betrieben neue demokratische Möglichkeiten eröffneten, die schließlich auch das Kräfteverhältnis zwischen Unternehmern und Gewerkschaften sowie die öffentliche Meinung veränderten. Schließlich wurde ein Review Board unter dem liberalen Anwalt Clarence Darrow zur Kontrolle der NRA geschaffen.⁶⁷ Der Vorwurf der faschistischen Tendenzen im New Deal war trotz gewisser äußerlicher Ähnlichkeiten des New Deal (Arbeitsdienst, öffentliche Arbeiten) mit der faschistischen Wirtschaftspolitik unzutreffend. Er wurde von Kommunisten auch in der Auseinandersetzung mit sozialdemokratischen Wertungen des New Deal erhoben (z. B. E. Vandervelde).⁶⁸

– Die Washingtoner Vorkonferenz und der Dollarkrach. In: *Ebenda*. S. 300.
– M. Tanin: *Der »Trust der Gehirne« und die Vertrustung des Kapitals*. In: *Ebenda*. Nr. 22. S. 743.

⁶⁶ Siehe *Rundschau*. 1933. Nr. 15. S. 469–473; Nr. 30. S. 1125–1129.

⁶⁷ Siehe *Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der USA*. Berlin 1986. S. 137–139. – Rüdiger Horn / Peter Schäfer: *Geschichte der USA 1914–1945*. S. 190f.

⁶⁸ Siehe Bela Kun: *Die Zukunft der II. Internationale*. S. 1034f.

Unter diesen Bedingungen war es bemerkenswert, daß sich der Generalsekretär der KP der USA Earl Browder im Juli 1933 gegen die verbreitete Gleichsetzung des New Deal mit dem Faschismus wandte. Die Wirtschaftsentwicklung beurteilte Browder ähnlich wie Varga. Er hob hervor, daß das Wachstum der Industrieproduktion ohne eine Mehreinstellung von Arbeitern vor sich gegangen war. Die Konsumtionskraft sei daher nicht gestärkt worden, die Produktion erfolge für einen durch die Inflation hervorgerufenen spekulativen Markt (Horten von Waren). Ein Inflationsstopp würde zu einem neuen Absturz führen. Der New Deal stelle in diesem Zusammenhang die Zerstörung des einheimischen Lebensstandards und den Kampf um die Außenmärkte dar.⁶⁹ Zugleich verneinte Browder die Gleichsetzung mit dem Faschismus und legte seine Ansichten über einen Vergleich der Lage in den USA und Deutschland dar:

1. Roosevelt und Hitler verkörperten beide Exekutiven des Finanzkapitals, Formen der Herrschaft des Finanzkapitals. Diese Formunterschiede seien weder zu über- noch zu unterschätzen.

2. Das Wachstum faschistischer Tendenzen sei ein Signal der Schwäche der Herrschaft des Finanzkapitals, das nicht mehr in den alten Formen herrschen kann, sondern zu offeneren, brutaleren, terroristischeren Methoden nicht als Ausnahme sondern als Regel zur Unterdrückung der eigenen Bevölkerung und Kriegsvorbereitung greifen muß. Der Faschismus sei präventive Konterrevolution.

3. Der Faschismus stelle kein besonderes Wirtschaftssystem dar. Seine Maßnahmen gingen nicht weiter, als die Kapitalisten bisher unter den Bedingungen der Kriegsvorbereitung und des Krieges gegangen sind.

4. Der Faschismus komme mit aktiver Hilfe sozialistischer Parteien zur Macht (in den USA: AFL, Socialist Party).⁷⁰

Browder meinte, das Rooseveltprogramm zeige, daß es keine »chinesische Mauer« zwischen Demokratie und Faschismus gebe. Aber es sei falsch, vom New Deal als »entwickeltem Faschismus« zu sprechen. Bei der Verschärfung des Klassenkampfes werde die Bourgeoisie der USA mehr und mehr zu faschistischen Methoden greifen. Die Errichtung eines faschistischen Regimes in Amerika hänge aber letztlich von der Effektivität des revolutionären Massen-

⁶⁹ Siehe Earl Browder: *What is the New Deal? We do our part.* New York 1933. S. 2–4, 15.

⁷⁰ Siehe ebenda. S. 16f.

kampfes ab. Browder hob hervor, daß es im NIRA die »klarsten Beispiele von Tendenzen zum Faschismus« gebe. Der NIRA sei ein »Schrittmacher des amerikanischen Faschismus«⁷¹. In einem Artikel in der »Kommunistischen Internationale« vom 1. Oktober 1933 vertrat Verne Smith ähnliche Positionen zur Roosevelt'schen Wirtschaftspolitik.⁷² Die außerordentliche Parteikonferenz der KP der USA (7.–10. Juli 1933 in New York) schätzte das Roosevelt-Programm als Fortführung der Hoover-Politik ein, machte Konzesionen an die Sozialfaschismus-These, orientierte aber im praktischen Kampf auf Tagesforderungen (Kampf gegen Lohnabbau, um eine Sozialversicherung, um die Streichung der Farmerschulden für Gleichberechtigung der Afroamerikaner, gegen deutschen Faschismus).⁷³

Zum Herbst 1933 blieben wichtige Fragen nach den neuen Wegen bürgerlicher Krisenbewältigung in der Analyse von KPD und KI noch ungelöst. Einerseits waren die Kommunisten auf Grund des Erfahrungshorizontes wie auch der eigenen Erwartungshaltungen nicht in der Lage, mittelfristige Stabilisierungschancen des Hitlerfaschismus realistisch zu beurteilen. Andererseits wurden die in alternativen Formen staatsmonopolistischer Regulierung (New Deal) sich bietenden Freiräume für den Kampf um Teilziele nicht erkannt. Die empirische Arbeit zur Untersuchung der neuen Erscheinungen in sozialökonomischer und politischer Entwicklung führender kapitalistischer Länder wurde nicht in hinreichendem Umfang vorangetrieben. Deshalb konnten auch vom Bereich der Imperialismus- und Faschismusanalyse keine entscheidenden Impulse für die Überwindung sektiererisch-dogmatischer Orientierungen in Strategie und Taktik von KPD und KI ausgehen. Einzelne vorwärtsweisende Ideen für den antifaschistischen Kampf wurden nicht vorbehaltlos diskutiert. In den Publikationen der Komintern geriet vor allem die KP der Tschechoslowakei in das Feuer der dogmatischen Kritik. Verschiedene Vorstöße zur Einheitsfront mit der tschechoslowakischen Sozialdemokratie angesichts der Bedrohung durch den Hitlerfaschismus wurden als rechtsopportunistische »Burgfriedenspolitik« gekennzeichnet. Aber auch neue Überlegungen zum New Deal wurden als opportunistische Anschauungen

⁷¹ Siehe ebenda. S. 17, 19, 23.

⁷² Siehe Verne Smith: *Das Programm Roosevelts – eine Offensive gegen die Arbeiterklasse*. In: *Die Kommunistische Internationale. 1933*. H. 16. S. 831ff.

⁷³ Siehe *Offener Brief an alle Parteimitglieder der KPUSA*. In: *Ebenda*. H. 17. S. 89ff.

zurückgewiesen (z. B. Steigerung der Konsumtionskraft durch binnenwirtschaftliche Orientierung der Roosevelt-Administration).⁷⁴

Am 10. Oktober 1933 schätzte das Polbüro des ZK der KPD ein, daß die faschistische Diktatur auch weiterhin keine einzige wirtschaftliche und politische Frage zu lösen vermag, sondern Deutschland der Katastrophe entgegenführt. Im Winter 1933/34 würden die letzten Illusionen der werktätigen Massen rasch schwinden. Es bestehe die reale Möglichkeit, die Wiederherstellung der Einheit der Arbeiterbewegung in Gestalt allein der KPD zu erreichen.⁷⁵ Im November 1933 verabschiedete das ZK der KP Italiens eine Resolution, in der Faschismus, »Hitlerismus« und »Rooseveltismus« weitgehend gleichgesetzt wurden. Zugleich forderte das ZK eine Verschärfung des Kampfes gegen die Sozialdemokratie, die mit ihrer Forderung nach Demokratie den »Klassen-Antifaschismus« sabotieren würde.⁷⁶ Kurze Zeit später trat in Moskau das EKKI zu seinem XIII. Plenum zusammen.

*»Wir kämpfen für Sowjetdeutschland!«
Das XIII. Plenum der Exekutive der Komintern
über Weltwirtschaftskrise und Faschismus*

Im Verlauf des Jahres 1933 waren die Folgen des 30. Januar 1933 nicht nur für die deutsche⁷⁷, sondern auch die internationale kommunistische Bewegung deutlich geworden. Bis zum Sommer 1933 hatte es neue Ansätze in der Einheitsfrontpolitik gegeben. Auf den Appell der SAI vom 19. Februar hatte das EKKI am 5. März mit einem Programm des antifaschistischen Kampfes geantwortet und

74 Siehe A. Kellermann: *Über die rechtsopportunistischen Fehler der »Kommunistische Revue«*. In: *Die Kommunistische Internationale. 1933. H. 14. S. 685ff.* – *Der Übergang zur neuen Stufe der allgemeinen Krise des Kapitalismus und das Heranreifen der revolutionären Weltkrise*. In: *Ebenda. H. 19. S. 1012.* – *Verstärktes Feuer gegen den Opportunismus*. In: *Ebenda. H. 20. S. 1083ff.* – *Das Heranreifen der revolutionären Weltkrise und das Wechselverhältnis der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des Proletariats*. In: *Die Kommunistische Internationale. 1933. H. 21. S. 1184.*

75 Siehe *Die gegenwärtige Lage in Deutschland und die Aufgaben der KPD*. In: *Rundschau. 1933. Nr. 40. S. 1541ff.*

76 Siehe *Die Lage in Italien und die Aufgaben der Kommunistischen Partei*. In: *Ebenda. Nr. 43. S. 1669ff.*

77 Siehe Michael Schneider: *Unterm Hakenkreuz. Kap. I.*

die Sektionen aufgefordert, eine Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Parteien ihrer Länder anzustreben. Allerdings war auf die ursprüngliche Zusage zu Direktverhandlungen mit der SAI offenbar nach Rücksprache mit J. W. Stalin und W. M. Molotow verzichtet worden. Telegramme von Maurice Thorez und Klement Gottwald an das EKKI am 7. April konnten diese Position nicht verändern.⁷⁸ Die Kommunistischen Parteien Frankreichs, der Schweiz und der Tschechoslowakei folgten der Richtlinie des EKKI und schlugen den sozialdemokratischen Parteien ihrer Länder zwischen dem 6. und 14. März 1933 Teilziele eines gemeinsamen antifaschistischen Kampfes vor.⁷⁹ Die SAI-Führung nutzte wiederum die Weigerung des EKKI, in Direktverhandlungen zu treten, um ihre Parteien vor Abkommen mit den einzelnen kommunistischen Parteien zurückzuhalten.

Der Antifaschistische Arbeiterkongreß in Paris vom 4. bis 6. Juni 1933 verdeutlichte die Möglichkeiten des Zusammenwirkens von Kommunisten und Sozialdemokraten, verstärkte die Kontakte zwischen den Bündnispartnern. In Frankreich wurde die Mauer des Unverständnisses und der Feindseligkeit zwischen Sozialisten und Kommunisten durchbrochen.⁸⁰ In der KP Frankreichs wuchsen die Zweifel an der Richtigkeit der bisherigen verengten Auffassungen über die Einheitsfrontpolitik, die vom XII. EKKI-Plenum festgelegt worden waren und in der KPD im Frühjahr 1933 wieder Oberhand gewannen. Maurice Thorez berichtete im Dezember 1933 vor dem EKKI: »Es herrschen jedoch in der Partei Zweifel darüber, ob die Politik der KP Deutschlands richtig war. Eine gewisse Panikstimmung, ein Defätismus kam in einigen Bezirken zum Ausdruck und übte bis auf die Redaktion unseres Zentralorgans ihren Einfluß aus. Die Resolution des Präsidiums (des EKKI vom 1. April 1933 – d. Verf.) und der Artikel unseres Genossen Heckert wurden mit Verspätung veröffentlicht und sehr schlecht aufgemacht. Meinungen ähnlich jenen, die die Gruppe Neumann-Remmele über die »Niederlage des deutschen Proletariats« und über die »Kapitulation der KPD« zum Ausdruck brachte, kamen auch bei uns zum Vorschein.«⁸¹

78 Siehe Fridrich Firsow: *Stalin i problemy politiki edinogo fronta*. In: *Političeskoe obrazovanie*. 1989. Nr. 1.

79 Siehe *Rundschau*. 1933. Nr. 4. S. 92; Nr. 5. S. 127f.

80 Siehe *Geschichte der Sozialistischen Arbeiter-Internationale (1923–1940)*. Berlin 1985. S. 182.

81 *Rundschau*. 1934. Nr. 5. S. 170.

Aus den Ausführungen wird deutlich, daß es den Kommunisten schwer fiel, zwischen realistischen Warnungen, fatalistischen Stimmungen und Schuldzuweisen infolge des Fraktionskampfes unterscheiden zu können.

Die in der KP der Tschechoslowakei geführte Diskussion zu den deutschen Ereignissen stand besonders im Zentrum des XIII. EKKI-Plenums im Dezember 1933. Josef Guttman⁸² hatte schon auf dem vorangegangenen Plenum des EKKI 1932 für eine elastischere Politik der KPD gegenüber der SPD plädiert. Nun wurde ihm vorgeworfen, eine »linkssozialdemokratische Zwischenplattform«⁸³ gegenüber den tschechoslowakischen Sozialdemokraten zu entwickeln. O. A. Pjatnizki sprach von Tendenzen in der KPČ, »das Parteiantlitz bei der Durchführung der revolutionären Einheitsfront zu verstecken.« Der Aufruf zur Einheitsfront vom März 1933 sei im Geiste der »Blockbildung« mit der Sozialdemokratie verfaßt worden.⁸⁴ Ein weiterer Punkt der Auseinandersetzung war die Frage, ob sich in der ČSR ebenfalls ein Prozeß der Faschisierung vollziehe. Im April 1933 hatte das Sekretariat das EKKI folgende Einschätzung an das ZK der KPČ übermittelt: »Der Prozeß der Faschisierung der Tschechoslowakei wird seinen eigenen, besonderen Weg einschlagen. Jetzt von einem Brüningregime in der Tschechoslowakei zu reden, ja sogar von einem erst beginnenden Brüningregime, würde eine Unterschätzung des Ernstes der gegenwärtigen Lage und der Möglichkeit plötzlicher Überfälle und Provokationen der *jetzigen Regierung* gegen die Kommunistische Partei bedeuten, würde auch eine Unterschätzung der konterrevolutionären Rolle der Sozialdemokratie bedeuten. Das wichtigste für die tschechischen Kommunisten ist jetzt, zu begreifen, daß die ›Burg‹ die Führung der tschechischen Bourgeoisie ist, die bestrebt ist, die nationale Konzentration und Faschisierung der Tschechoslowakei unter der Flagge der Verteidigung der ›Demokratie‹ und der militärischen sogenannten ›Verteidigung‹ des Versailler Systems im Bunde mit dem faschistischen Polen, Jugoslawien und Rumänien unter Führung Frankreichs durchzuführen, sowohl gegen die proletari-

82 Josef Guttman (1902–1958) gehörte 1921 zu den Gründungsmitgliedern der KPČ. Auf dem 5. Parteitag 1929 wurde er ins ZK und Polbüro gewählt, wurde Chefredakteur der »Rude pravo«, 1931 Mitglied des EKKI-Präsidiums. Im Dezember 1933 Parteiausschluß wegen angeblichen Troztkismus. Nach 1938 Emigration in die USA.

83 Rundschau. 1934. Nr. 8. S. 284.

84 Ebenda. Nr. 7. S. 237f.

sche Revolution, als auch gegen die faschistischen Revisionspläne Deutschlands.«⁸⁵

Die Plenartagung des EKKI im Dezember 1933 verlief in einer Atmosphäre äußerer Geschlossenheit, es kam nicht zu kontroversen Meinungsäußerungen. Inhaltliche Schwerpunkte der Berichterstattung waren die Entwicklung des Faschismus in Deutschland und im internationalen Maßstab, die Kriegsgefahr, die weltwirtschaftliche Situation und die Haltung zur Sozialdemokratie.

Vor allem der erneute Rückschlag der Industrieproduktion der USA im Herbst 1933 (Index fiel von 101 im Juli auf 71 im November bei $1923/25 = 100$ ⁸⁶) bestärkte führende Theoretiker der KI in der Überzeugung, daß die Weltwirtschaftskrise noch nicht überwunden sei. Im Vorfeld und auf dem XIII. Plenum schwang Eugen Varga zu diesem Problem. Die Einschätzung der weltwirtschaftlichen Situation im Bericht über das dritte Vierteljahr 1933 in der »Rundschau« verfaßte M. Joelson, ein Mitarbeiter des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und Weltpolitik, der davon ausging, daß die »akute Phase« der Krise noch nicht überwunden sei.⁸⁷

In dem von O. W. Kuusinen vorgetragenen Bericht des EKKI wurde hervorgehoben, daß 1933 in der Weltwirtschaft »Elemente einer Vorkriegsinflationsbelebung bei Fortdauer der Wirtschaftskrise« vor allem zu einem Wachstum der Rüstungsproduktion geführt hätten. Die Inflation habe bereits 52 kapitalistische Länder erfaßt. Neue Kapitalinvestitionen fehlten aber völlig, der Welthandel ging weiter zurück. Der Referant versuchte, diese Interpretation mit Hilfe der Konzeption der »allgemeinen Krise« zu begründen. Im Rückblick auf den Vorkriegskapitalismus stellte er fest, daß zu dieser Zeit die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder noch in der Lage gewesen seien, ihren inneren Markt zu erweitern und ihren Industriexport in neue Kolonien und schwachentwickelte kapitalistische Länder auszudehnen. Deshalb hätten die zyklischen Krisen Voraussetzungen für ihre eigene Überwindung und einen neuen Aufschwung schaffen können. Die innere Entwicklung des Kapitalismus verschärfte aber das »Marktproblem«. Der Weltkrieg habe zur »allgemeinen Krise« geführt, zugleich aber dem Kapitalismus eine Atempause von zehn Jahren durch gewisse Erleichterungen in der »Marktfrage« gewährt. Aber das *Produktionsniveau von 1913*

85 *Ebenda. Nr. 10. S. 353f.*

86 *Ebenda. Nr. 18. S. 658.*

87 *Ebenda. 1933. Nr. 44. S. 1718.*

habe »sich als *kritisch* für den Weltkapitalismus in Anbetracht der engen Rahmen der Absatzmärkte (erwiesen), die ihm durch seine allgemeine Krise gestellt waren«, Das Erreichen des Vorkriegsniveaus hatte also im Verständnis der kommunistischen Theoretiker die Krise 1929 ausgelöst und würde auch in Zukunft immer wieder zum Rückfall in die Krise führen. Zugleich nahmen sie an, daß die *monopolistische* Krisenabwälzung mehr und mehr die Wirkung des Wertgesetzes entstellte, wodurch der innere kapitalistische Mechanismus der Krisenüberwindung in »einen elementaren Zerfall der kapitalistischen Ökonomik« umschlage. Als Indiz dieser Entwicklung sah Kuusinen auch die »Krisenrationalisierung« an, bei der das Produktionswachstum nicht mehr durch eine entsprechende Zunahme der beschäftigten Arbeiter begleitet wurde.⁸⁸ In den Thesen des Plenums wurde diese Sichtweise bekräftigt. Die Wirtschaftspolitik der Finanzoligarchie zur Überwindung der Krise trage zum weiteren »Zerfall des Mechanismus der kapitalistischen Ökonomik« bei, was sich in Inflation, Haushaltsdefiziten und anhaltender Agrarkrise äußere. Man sprach in diesem Zusammenhang bereits von einer neuen Qualität der »allgemeinen Krise«: »Die Weltwirtschaftskrise hat sich aufs engste mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus verflochten.«⁸⁹ D. S. Manuilski brachte in seiner Diskussionsrede zum Ausdruck, daß »die Grundlinie der Entwicklung des Weltkapitalismus ... abwärts gehen muß«, auch wenn einzelne Konjunkturbesserungen nicht ausgeschlossen seien.⁹⁰

Eine Diskussion zum Problem der Weltwirtschaftskrise fand auf dem Plenum faktisch nicht statt. Eugen Varga sprach zu einem peripheren Bereich, zur internationalen Agrarkrise.⁹¹ Wilhelm Pieck bestätigte die weltwirtschaftliche Interpretation am Beispiel der faschistischen deutschen Wirtschaft: 1933 habe es nur in der Rüstungsproduktion eine Steigerung gegeben, die anderen Zweige stagnierten oder fielen weiter zurück. Hitlers Politik müsse zum raschen Übergang von der versteckten zur offenen Inflation führen, er treibe Deutschland in die Wirtschaftskatastrophe. Es gebe immer noch 7 Mio. Arbeitslose in Deutschland.⁹²

88 *Ebenda*. 1934. Nr. 4. S. 99–102, 111.

89 *Ebenda*. Nr. 1. S. 2–3.

90 *Ebenda*. Nr. 11. S. 385.

91 *Ebenda*. Nr. 10. S. 360f.

92 *Ebenda*. Nr. 4. S. 122f.

In der Perspektive erwartete die KI-Führung eine Zuspitzung der Krisensymptome durch die Zunahme der Belastung der Wirtschaft durch den »Militär-Parasitismus«, so O. W. Kuusinen. Die Inflation müsse weitergeführt werden und trage zum Zerfall des Mechanismus der kapitalistischen Ökonomik bei. Während die Gesamtwirtschaft stagniere, könnte es in Rüstungsbereichen zur Produktionssteigerung kommen. Die staatlichen Kredite seien ein Vorschub auf die kommende Kriegsnachfrage.⁹³ In seinem Schlußwort betonte Kuusinen noch einmal die Anormalität der künftigen Entwicklung des Kapitalismus: »Die Methoden, durch welche die Finanzoligarchie in der Wirtschaftskrise ihre Profitverluste ersetzt, bestehen hauptsächlich in einem außergewöhnlichen Raub und Diebstahl. ... Die außerordentliche Beute, die dadurch aufgebracht wird, ist Profit von einer besonderen Kategorie; es ist nicht dasselbe wie der durch »normale« kapitalistische Ausbeutung aufgebrachte Mehrwert. Es ist eine besondere Diebesbeute der großen Kriegshyänen. Das »Pech« dabei ist nur, daß das nicht endlos so fortgesetzt werden kann. Der Raub ist keine Produktionsart, – hat schon Marx erklärt.«⁹⁴ Die staatsmonopolistische Regulierung erschien in diesem Zusammenhang lediglich als Reflex des Zerfalls der kapitalistischen Ware-Geld-Beziehungen, wie es z. B. W. G. Knorin zum Ausdruck brachte.⁹⁵ Vor dem Hintergrund dieser Interpretation der weltwirtschaftlichen Entwicklung drängte sich der Gedanke auf, daß imperialistische Aggressivität nach außen und faschistische Innenpolitik sich zwangsläufig für alle kapitalistischen Länder aus den ökonomischen Zwängen und der Unmöglichkeit der Fortsetzung sozialer Reformpolitik – wenn auch mit zeitlicher Verzögerung – ergaben.

D. S. Manuilski sprach bereits von einer »Vorkriegssituation«, die in der Sprengung der internationalen Verträge, in wachsender Rüstung und Militarisierung und in Verstärkung der politischen Reaktion zum Ausdruck komme.⁹⁶ Julian Leszczyński (Lenski) verwies darauf, daß die kapitalistische Wirtschaft über autarkische Maßnahmen nicht aus der Krise herauskommen kann. Die »Kriegsinflations-Konjunktur« führe dicht an einen neuen Weltkrieg heran.⁹⁷ Wilhelm Pieck argumentierte ähnlich: Die drohende

93 *Ebenda.* S. 102–104.

94 *Ebenda.* Nr. 11. S. 423.

95 *Ebenda.* Nr. 10. S. 351.

96 *Ebenda.* Nr. 11. S. 386.

97 *Ebenda.* Nr. 5. S. 145.

Katastrophe im Innern zwingt Hitler, den Ausweg in außenpolitischen Abenteuern zu suchen.⁹⁸ In den Thesen des Plenums wurde festgehalten: »Die wachsende Ungewißheit der Bourgeoisie, einen Ausweg aus der Krise einzig und allein in einer Verstärkung der Ausbeutung der Werktätigen des eigenen Landes zu finden, führt dazu, daß die Imperialisten ihren Haupteinsatz auf die Karte des Krieges setzen.« Als Hauptkriegstreiber waren Japan, Großbritannien (vor allem in antisowjetischer Stoßrichtung) und Deutschland bezeichnet worden.⁹⁹ Allerdings gelang es noch nicht, die aus der Aggressivität der faschistischen Staaten erwachsende neue internationale Konstellation zu erfassen, die für die kleinen europäischen Staaten als auch für eine Reihe imperialistischer Länder die Frage der Friedenssicherung – zumindest partiell – neu stellte. Dagegen richtete das XIII. Plenum eine breite Propaganda gegen die SAI, auf deren antikommunistische Ressentimente man mit dem Vorwurf antwortete, die Sozialdemokratie bereite sich auf einen »neuen 4. August« vor. Die Revolutionierung der Massen wurde als Hauptaufgabe der KI im Antikriegskampf angesehen.¹⁰⁰

In der Parteigeschichtsschreibung von SED und KPdSU wurde die auf dem XIII. Plenum gebrauchte Formel als ein wichtiger theoretischer Durchbruch zur »Analyse des Klassencharaktere des Faschismus«¹⁰¹, zur »Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus«¹⁰² und »Definition des Klassencharakters des Faschismus«¹⁰³ gewürdigt. Demgegenüber sind die von Barbara Timmermann vorgetragene sachlichen Einwände wohl stichhaltig: Der Unterschied zwischen *faschistischer Diktatur* und bürgerlicher Demokratie sowie die Verselbständigungstendenz der politischen Führung blieben ausgespart, das Verhältnis zwischen faschistischer Diktatur und Massenbewegung wurde nicht behandelt, die Funktion des Faschismus war weiter umstritten.¹⁰⁴ Eine Analyse der zeitgenös-

98 *Ebenda*. Nr. 4. S. 123.

99 *Ebenda*. Nr. 1. S. 3.

100 *Ebenda*. Nr. 4. S. 105, 108.

101 *Siehe Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*. Bd. 5. Berlin 1966. S. 107.

102 *Siehe Elfriede Lewerenz: Die Analyse des Faschismus durch die Kommunistische Internationale*. Berlin 1975. S. 12ff.

103 *Siehe Die internationale Arbeiterbewegung. Fragen der Geschichte und der Theorie*. Bd. 5. S. 272.

104 *Siehe Barbara Timmermann: Die Faschismus-Diskussion in der KI (1920–1935)*. Diss. Köln 1977. S. 369–400.

sischen Äußerungen fördert *tatsächlich mehr* Widersprüche als Logik der Argumentation zutage.

In den Thesen des XIII. Plenums wurde folgende Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus gegeben: »Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals«¹⁰⁵. Diese Formel fand in erster Linie in der Auseinandersetzung mit abweichenden Interpretationen des Faschismus ihre Anwendung, so in der Polemik O. W. Kuusinsens gegen Otto Bauer, L. D. Trotzki und August Thalheimer, denen er die Verwechslung des Klassencharaktere des Faschismus mit der Frage nach der »Klassenzusammensetzung der *faschistischen Massenbewegung*«¹⁰⁶ vorwarf.

Auf dem Plenum gab es aber keine Bemühungen, eben diese hinter der faschistischen Diktatur stehenden finanzkapitalistischen Kreise näher zu bestimmen oder gar zu differenzieren. Wilhelm Pieck verwies auf die Zusammensetzung des Generalrates der deutschen Wirtschaft, dessen Mitglieder er als Großindustrielle, Bankfürsten und Großagrarien bezeichnete. In der dort bestehenden Personalunion von staatlichen Ämtern und Führungspositionen der Konzerne sah er den Zusammenhang von Faschismus und Kapital offenbar als hinreichend geklärt.¹⁰⁷ Drei Monate vor dem XIII. Plenum war eine Analyse von Günter Reimann erschienen, in der dieser die Verbindungen von Repräsentanten der Finanzoligarchie zur NSDAP untersucht hatte. Er hatte insbesondere die Dominanz der monopolistischen Rohstoffkapitalisten im Generalrat der deutschen Wirtschaft hervorgehoben und nun mit einem »Generalangriff« der krisengeschädigten Schwerindustrie gegen die IG Farben gerechnet. Sein Fazit: Der deutsche Faschismus stütze sich auf die ökonomisch mächtigsten Kapitalkräfte.¹⁰⁸ Bedeutete dies, daß im Verständnis der kommunistischen Theoretiker Ende 1933 die faschistische Diktatur von den ökonomisch dominierenden Monopol- und Finanzgruppen der Bourgeoisie angestrebt und errichtet wurde? Dazu lassen sich keine eindeutigen Belege finden. W. G. Knorin sprach von der faschistischen Diktatur als dem

¹⁰⁵ *Rundschau*. 1934. Nr. 1. S. 2.

¹⁰⁶ *Ebenda*. Nr. 4. S. 109.

¹⁰⁷ *Ebenda*. S. 121.

¹⁰⁸ Siehe Günter Reimann: *Das Hervortreten des Finanzkapitals unter der faschistischen Diktatur*. In: *Die Kommunistische Internationale*. 1933. H. 15. S. 722ff.

»letzte(n) verzweifelte(n) Versuch der reaktionärsten, terroristischen nationalistischen Gruppen der Bourgeoisie«, die Staatsmacht zu sichern und einen neuen Krieg als Ausweg aus der Krise vorzubereiten. Diese Charakteristik bezog sich also mehr auf die politisch-ideologische Ebene.¹⁰⁹

In der Frage nach den Entstehungsbedingungen für die faschistische Diktatur wurde auf dem XIII. Plenum im wesentlichen auf die bisherige Argumentation zurückgegriffen: Das Anwachsen der revolutionären Krise, das Versagen der Methoden der bürgerlichen Demokratie, der Zwang zur direkten Kriegsvorbereitung hätten in einer Reihe von kapitalistischen Ländern zur Errichtung der faschistischen Diktatur geführt. Der Faschismus sei aus dem Leib der bürgerlichen Demokratie hervorgewachsen. Die faschistische Diktatur bilde »keine unvermeidliche Etappe der Diktatur der Bourgeoisie in allen Ländern«, sondern sie sei nur bei Aufrechterhaltung der Spaltung der Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratie zu verwirklichen, lauteten die Thesen.¹¹⁰

Besonders widersprüchlich waren die Aussagen in der Frage nach der Funktion der faschistischen Diktatur. Wilhelm Pieck und D. S. Manuilski hoben hervor, daß durch die Alleinherrschaft der faschistischen Partei die in der Krise verschärften Interessengegensätze zwischen den Gruppierungen der Bourgeoisie überbrückt werden sollten.¹¹¹ O. W. Kuusinen verwies darauf, daß die Großbourgeoisie versuche, mit Hilfe des Faschismus die Bauernschaft und das städtische Kleinbürgertum, aber auch Angestellte und rückständige Arbeiterschichten zu ihrer sozialen Stütze zu machen.¹¹² Auch W. G. Knorin betonte, daß der Faschismus an die Macht kam, weil die Sozialdemokratie nicht mehr stark genug war, um die Festigkeit des kapitalistischen Systems zu garantieren.¹¹³ Palmiro Togliatti bezeichnete die Offensive gegen Löhne und Sozialversicherung, die Tendenz zur Einmischung des Staates ins Gebiet der Produktion, die Förderung des Konzentrationsprozesses des Kapitals, die Schaffung eines neuen Staatsapparates zur besonderen Unterdrückung der Arbeiterklasse und die demagogische

109 *Rundschau*. 1934. Nr. 10. S. 351.

110 *Ebenda*. Nr. 1. S. 2.

111 *Ebenda*. Nr. 4. S. 121; Nr. 11. S. 387.

112 *Ebenda*. Nr. 4. S. 110.

113 *Ebenda*. Nr. 10. S. 351.

114 *Ebenda*. Nr. 5. S. 151.

Gewinnung der Jugend als Inhalt faschistischer Politik.¹¹⁴ Gegen diese Positionen standen z. B. Aussagen der Thesen des Plenums, wonach die Errichtung der faschistischen Diktatur und besonders die Alleinherrschaft der faschistischen Partei die Interessengegensätze innerhalb der Bourgeoisie verstärken bzw. zunehmend zur Desillusionierung und zum Zerfall der kleinbürgerlich-bäuerlichen Massenbasis des Faschismus führen.¹¹⁵ D. S. Manuilski äußerte: »Die Abwanderung der Massen vom Faschismus ist unvermeidlich, und die beginnt bereits in Deutschland.«¹¹⁶

Kein Versuch zur Funktionsbestimmung des Faschismus ging dem Verhältnis zur bürgerlichen Demokratie bzw. der Frage der faschistischen Massenbasis differenziert nach. Auf dem XIII. Plenum war einerseits die Einsicht gewachsen, daß die Errichtung der faschistischen Diktatur die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse enorm verschlechterte und die Macht der Bourgeoisie zumindest vorübergehend gestärkt war.¹¹⁷ Im Schlußwort sagte O. W. Kuusinen: »Wir behaupten doch durchaus nicht, daß die bürgerliche Diktatur ein und dasselbe ist, wie die faschistische Diktatur. Wir brauchen nur an Hand des deutschen, des italienischen, polnischen, finnischen Beispiels usw. anschaulich zu zeigen, wie die faschistische Diktatur der Bourgeoisie aus der bürgerlichen Demokratie herauswächst.«¹¹⁸ Gerade die letzte These verleitete andererseits immer wieder dazu, einen »breiten« Faschismusbegriff anzuwenden, der auf den ersten Blick der Formel vom Klassenwesen des Faschismus widersprach. Für die bürgerlich-demokratischen Staaten Frankreich, Tschechoslowakei, Schweden, Norwegen, Großbritannien wurde von den Vertretern der jeweiligen kommunistischen Parteien von einer »Faschisierung unter dem Deckmantel der Demokratie« mit Beteiligung der Sozialdemokratie gesprochen. Varianten bürgerlich-konservativer Politik zum Abbau demokratischer und sozialer Rechte, auch staatsmonopolistische Regulierungsversuche galten als hinreichende Indikatoren für eine solche Charakterisierung.¹¹⁹ Diese Interpretation wurde durch Vertreter der KP

115 *Ebenda. Nr. 1. S. 2–3.*

116 *Ebenda. Nr. 11. S. 390.*

117 *Ebenda. Nr. 10. S. 350; Nr. 11. S. 385, 387, 423.*

118 *Ebenda. S. 426.*

119 *Ebenda. Nr. 4. S. 123f.; Nr. 5. S. 146, 169, 173; Nr. 7. S. 261, 263; Nr. 8. S. 291, 300. – A. Leroux: Die Faschisierung der »französischen Demokratie«. In: Ebenda. Nr. 6. S. 209ff.*

der USA auf dem XIII. Plenum, Earl Browder und William Winstone, auf den New Deal ausgedehnt.¹²⁰

Es liegt die Vermutung nahe, daß die obengenannte Formel über den Klassencharakter des Faschismus im Verständnis der führenden kommunistischen Politiker und Theoretiker Ende 1933 noch keine gravierende neue Qualität darstellte. Diese Definition wurde offenbar vor allem aus dem deutschen Beispiel heraus entwickelt, wo auch 1932 durch kommunistische Analysen eine Differenzierung zwischen dem reaktionären schwerindustriellen Flügel des Finanzkapitals (im Bündnis mit den Junkern) und den früher liberalen Gruppen der verarbeitenden Industrie angewandt worden war. Im zeitgenössischen kommunistischen Verständnis war die Durchsetzung dieser Teile des Finanzkapitals weitgehend ökonomisch durch die Krise und den Konzentrationsprozeß des Kapitals determiniert, widerspiegelte sie den allgemeinen Trend des Imperialismus zur politischen Reaktion. Eine andere Entwicklungsvariante des Imperialismus schien den Kommunisten zu dieser Zeit nicht denkbar.

Ende 1933 verfaßte schließlich der Theoretiker der KP Großbritanniens Rajani Palme Dutt sein Buch »Fascism and Social Revolution«. Er sah im Faschismus das konsequenteste Heraustreten der typischen Tendenzen und politischen Bestrebungen des *modernen* Kapitalismus, des Ringens um die Sicherung der kapitalistischen Herrschaft gegen die Revolution, des Ausbaus eines Systems organisierter Klassenzusammenarbeit, der zunehmenden Verdrängung der parlamentarischen Demokratie, der Ausdehnung der staatlichen monopolistischen Organisationen von Industrie und Finanz, des Zusammenschlusses der imperialistischen Blöcke zu wirtschaftlich-politischen Einheiten und des Dranges zum Krieg. Palme Dutt zog die Schlußfolgerung. »In diesem weiteren Sinne darf man von der Entwicklung aller modernen kapitalistischen Staaten zum Faschismus hin sprechen. Die Beispiele der Regierungen Roosevelt und Brüning machen die quasi- oder präfaschistische Stufe der Entwicklung zum vollständigen Faschismus in der Schale der alten Formen besonders anschaulich.«¹²¹ Bemerkenswert ist, daß Palme Dutt allerdings die Frage stellte, wodurch sich die vollendete faschistische Diktatur gegenüber diesen allgemeinen Tendenzen des modernen Kapitalismus auszeichne. Er hob den »neuen

¹²⁰ *Ebenda*. Nr. 5. S. 155; Nr. 11. S. 393.

¹²¹ R. Palme Dutt: *Fascism and Social Revolution*, London 1934. Zit. nach *Theorien über den Faschismus*. Königstein/Ts. 1980. S. 298.

sozialen und politischen Apparat des Faschismus, den totalitären« Staat und die soziale Zusammensetzung der faschistischen Massenbewegung hervor (Kleinbürgertum, Lumpenproletariat). Dies war aber seiner Meinung nach bereits in den Dokumenten des VI. Weltkongresses der KI verankert.¹²² Im Falle einer *längerfristigen* Herrschaft des Faschismus schloß Palme Dutt eine autarkische Abschließung und die Rückkehr zur Naturalwirtschaft nicht aus, was er mit den Aussagen W. I. Lenins über Stagnation und Parasitismus des Monopolkapitalismus in Verbindung brachte.

Die Grundstimmung auf dem XIII. Plenum des EKKI war angesichts der Kapitulation der SPD-Führung vor dem Faschismus und der bereits beträchtlichen Opfer der KPD im Widerstandskampf von einer großen Verbitterung gegenüber der Sozialdemokratie geprägt. W. G. Knorin brachte sie auf den Punkt: »Wenn die Sozialdemokratie im Jahre 1918 eine revolutionäre, marxistische Partei gewesen wäre, dann wäre Europa längst sozialistisch. Wenn die Sozialdemokratie im Jahre 1933 wenigstens eine demokratische Partei gewesen wäre, dann hätte Europa nicht faschistisch werden können.«¹²³

In den Berichten von O. W. Kuusinen und Wilhelm Pieck wurde an der These von der Sozialdemokratie als sozialer Hauptstütze der Bourgeoisie festgehalten. Kuusinen benutzte auch das Schlagwort von den »Zwillingsbrüdern« Faschismus und »Sozialfaschismus«. Das Ausbleiben der Revolution und die Errichtung der faschistischen Diktatur begründete man mit der Spaltung der Arbeiterklasse; »die Gefahr des Faschismus ist um so größer, je stärker der Masseneinfluß der Sozialdemokratie ist.«¹²⁴

Im Bestreben, die Chancen eines Generalstreikes im Januar 1933 in Deutschland abzuwägen, zog W. G. Knorin die Parallele zum Verlauf der russischen Revolution 1917. Hitler hätte geschlagen werden können. »Wie lange nach einem solchen Streik die Weimarer Republik erhalten geblieben wäre, das hing nur von den Arbeitermassen selbst ab ... Aber ein solches Kampfbündnis gegen Hitler hätte noch nicht die sozialistische Revolution bedeutet, solange die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht hinter den Kommunisten stand. Das wäre ein Kampf gewesen, wie etwa der Kampf gegen die ›Kornilowiade‹.

122 Siehe ebenda. S. 298, 304, 309.

123 Rundschau. 1934. Nr. 10. S. 354.

124 Ebenda. Nr. 4. S. 110f. S. 125.

Die deutschen Kommunisten hätten zusammen mit den sozialdemokratischen Arbeitern gegen die Banden Hitlers und des ›Stahlhelms‹ gekämpft und gleichzeitig die Schwächen, die Schwankungen der Braun-Severing entlarvt¹²⁵. Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur – meinte Wilhelm Pieck – bestehe nun die Möglichkeit, den Masseneinfluß der SPD zu liquidieren¹²⁶. Man sprach von einer neuen Periode in der Krise der II. Internationale, ähnlichen Ausmaßes wie 1914. W. G. Knorin charakterisierte das Verhalten der SPD als politischen und moralischen Selbstmord.¹²⁷ Dennoch nahmen die Befürchtungen zu, daß die Sozialdemokratie erneut eine systemstabilisierende Rolle für den Kapitalismus wie in den ersten Nachkriegsjahren spielen könnte.

Die Führung der Komintern räumte der bürgerlichen Demokratie zu diesem Zeitpunkt in allen kapitalistischen Ländern offenbar keine langfristige Perspektive mehr ein. Davon zeugte die Verwendung des ›breiten‹ Faschismusbegriffes. Palmiro Togliatti hob dies im Schlußwort hervor: »Wir sehen, wie das baufällige Gebäude des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie abbröckelt. Wir sehen die Tendenz der Bourgeoisie, überall zu Formen der offenen, blutigen, brutalen Diktatur überzugehen. Der Faschismus ist der krasseste Ausdruck dieser Tendenz.«¹²⁸ Zugleich warnte man vor einer mechanischen Übertragung des italienischen und deutschen Weges der Faschisierung auf andere Länder. In diesem Sinne äußerten sich D. S. Manuileki und Wilhelm Pieck¹²⁹. Mehrfach wurde auf dem XIII. Plenum die Frage gestellt, ob auf den Sturz des faschistischen Regimes die proletarische Revolution unvermeidlich folgen muß. D. S. Manuilski äußerte: »Kein Zweifel, daß in einem Lande wie Deutschland an die Stelle des Faschismus die proletarische Diktatur kommt. Aber die Erfahrung lehrt uns auch, daß dort, wo die kommunistischen Parteien schwach sind, ... die faschistische Diktatur ersetzt wurde durch eine bürgerliche Diktatur in der Form der Republik (Beispiel Spanien).«¹³⁰ Palmiro Togliatti betonte die Gefahr neuer taktischer Manöver der Bourgeoisie und einer Rolle der Sozialdemokratie wie 1918/19 im Falle des Sturzes der

125 *Ebenda. Nr. 10. S. 353.*

126 *Ebenda. Nr. 4. S. 127.*

127 *Ebenda. Nr. 10. S. 352.*

128 *Ebenda. Nr. 11. S. 430.*

129 *Ebenda. Nr. 4. S. 121; Nr. 11. S. 391.*

130 *Ebenda. S. 391.*

faschistischen Diktatur.¹³¹ Gerade darin sah Wilhelm Pieck die Funktion der Sozialdemokratie als der sozialen Hauptstütze der Bourgeoisie: »Die Sozialdemokratie setzt ihren Kurs auf die Schaffung von Reserven fort, um den Kapitalismus bei dem ersten Symptom eines Zusammenbruches der faschistischen Diktatur wieder zu Hilfe zu kommen, um – wie 1918 – als Totengräber der deutschen Revolution zu dienen.«¹³² W. G. Knorin spitzte diesen Standpunkt dahingehend zu, daß er eine solche Rolle Splitterparteien der Arbeiterbewegung wie der SAP, KPD(O) und den Trotzlisten für die Zukunft zuschrieb.¹³³ O. A. Pjatnitski verwies wiederum darauf, daß in einer Reihe bürgerlich-demokratischer Länder die Sozialdemokratie auf Grund der Offensive des Faschismus in breiten Kreisen der Werktätigen sogar wieder Anziehungskraft gewann – allerdings infolge der »schlechten Arbeit« der Kommunisten fügte er hinzu.¹³⁴

Vor dem Hintergrund dieser Erwartungen und Befürchtungen war die Führung der KI bestrebt, daß ihre Sektionen die Kräfte für die vermeintlich nahe Revolution unter eindeutig kommunistischer Hegemonie formierten und vor der Aufnahme des Kampfes um die Macht den Einfluß der Sozialdemokratie möglichst weitgehend ausschalteten. D. S. Manuilski meinte, als bliebe der »alte Weg« zur Sowjetmacht gültige Richtlinie: »die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse als Vorbedingung für die Wiederherstellung der Einheit des Proletariats in der revolutionären Aktion und die Gewinnung der Reserven der Revolution für das Proletariat. Dies setzt aber die Zerschlagung der Agentur des Klassenfeindes in der Arbeiterschaft – der internationalen Sozialdemokratie – voraus.«¹³⁵ Dementsprechend stellte O. W. Kuusinen im Schlußwort der Tagung den kommunistischen Parteien Deutschlands und Frankreichs als *nächste* Hauptaufgabe die unmittelbare Liquidierung des Masseneinflusses der SPD bzw. die Ausnutzung der Spaltung der SFIO (Austritt der rechten »Neosozialisten«).¹³⁶

Die neuen Initiativen verschiedener kommunistischer Parteien zur Herstellung der Aktionseinheit mit den sozialdemokratischen Parteien stießen auf dem XIII. Plenum auf eine zuweilen heftige

131 *Ebenda.* Nr. 5. S. 153.

132 *Ebenda.* Nr. 4. S. 126.

133 *Ebenda.* Nr. 10. S. 355.

134 *Ebenda.* Nr. 7. S. 230.

135 *Ebenda.* Nr. 11. S. 391.

136 *Ebenda.* S. 428.

Kritik. Den französischen Kommunisten wurden die Verhandlungen mit den Führern der SFIO und PUP über Rahmenbedingungen einer zwischenparteilichen Diskussion Ende 1932 / Anfang 1933, verschiedene Listenverbindungen bei den Gemeindewahlen im Herbst 1933 und die kritische Beschäftigung mit der Strategie der KPD nach dem 30. Januar als opportunistische Fehler vorgeworfen. Die norwegischen Kommunisten sahen sich für ihre Bereitschaft zur Unterstützung des sozialdemokratischen Regierungsprogramms vom Oktober 1933 der Kritik ausgesetzt. Gegenüber der KPČ konzentrierten sich die Vorwürfe auf eine angebliche »Block- und Schwanzpolitik« des Parteiführers Josef Guttman im Verhältnis zur Sozialdemokratie. Die britischen Kommunisten wurden kritisiert, daß sie keinen Keil zwischen Führung und Mitgliedschaft der Independent Labour Party getrieben hatten, als sich die ILP im Frühjahr 1933 zu Verhandlungen über eine Aufnahme in die KI bereit erklärt hatte.¹³⁷

In den Thesen des XIII. Plenums war zweifellos die wichtige Forderung nach der Mobilisierung der Massen zur Verteidigung der Gewerkschaften, Arbeiterpresse, Streikfreiheit und der täglichen sozialen Interessen zu finden. Die Erwartung, sich dicht »vor einem neuen Turnus von Revolutionen und Kriegen« zu befinden, setzte jedoch die Hauptakzente. Die strategische Zielsetzung bestand in der Formierung der Kräfte für eine proletarische Revolution unter der Losung »Wir kämpfen für die Sowjetmacht.« Damit war die Frage nicht zu beantworten, wie die Kommunisten Partner für ein breites Bündnis gegen den neuen, schier übermächtigen Feind, den Faschismus, gewinnen konnten. Anfang Februar 1934 beschloß das Politbüro des ZK der KPD, eine neue Fassung des sozialen und nationalen Befreiungsprogramms herauszugeben. Die Tagung stimmte den Beschlüssen des XIII. Plenums mit der Feststellung zu: »Nur der Kommunismus bringt Rettung, die Kommunisten an die Macht!«¹³⁸ Die dringende Neuorientierung im antifaschistischen Kampf stand noch aus. Die tatsächliche Entwicklung des Kräfteverhältnisses zeigte jedoch, daß die Realität dieses Kampfes die Führung von KI und KPD längst ein- und überholt hatte.

¹³⁷ *Ebenda.* Nr. 5. S. 171, 174; Nr. 7. S. 232, 237f.; Nr. 8. S. 283f.; Nr. 10. S. 355f. 378; Nr. 11. S. 398.

¹³⁸ M.: *Das Zentralkomitee der KPD zur Lage in Deutschland.* In: *Rundschau.* 1934. Nr. 15. S. 537.

Das Dilemma des deutschen Kommunismus 1933 bestand darin, daß die kommunistische Großorganisation, die KPD, nicht zur Einsicht in ihre und der Niederlage der Arbeiterbewegung gelangte und damit nicht in der Lage war, einen strategischen Neuansatz im Kampf gegen den Faschismus zu gewinnen. Die Kräfte in der KPD, die weiterreichende Einsichten gewannen, blieben letztlich ohne Einfluß. Die KPD(O) vermochte ebenfalls das Ghetto der Splitterpartei nicht zu verlassen.

Es bedurfte noch vieler Erfahrungen und Opfer im antifaschistischen Widerstand und der Fähigkeit der internationalen Arbeiterbewegung wie der antifaschistisch gesonnenen Volksmassen, aus der Niederlage der deutschen Antifaschisten zu lernen, es bedurfte der antifaschistischen Abwehrkämpfe in Österreich 1934, der Volksfrontpolitik in Frankreich und Spanien, bis es im Sommer 1935 mit dem VII. Weltkongreß der Komintern und für die KPD mit ihrer »Brüsseler« Parteikonferenz gelang, die Verkrustungen der linksfundamentalistischen Politik wenigstens zum Teil aufzubrechen. Ganz abzustreifen vermochten sie diese Krusten nicht. Dazu hätte es eines Bruches mit dem Stalinismus bedurft. Diesen Bruch vermochte die kommunistische Weltbewegung bis in die jüngste Vergangenheit nicht bis zur letzten Konsequenz zu vollziehen. Darin liegen auch Gründe ihres Scheiterns.

Das Ringen der deutschen Kommunisten um die Verarbeitung ihrer schweren Niederlage im Januar 1933, das furchtbar schmerzhaft Suchen nach den eigenen Fehlern, das zögernde und inkonsequente Reden von der eigenen Schande und nicht von der der anderen, das Mühen, sich den so bequemen Verratsvorwürfen zu verweigern, all das hat paradigmatische Bedeutung, auch in seinem Scheitern.

